

SPD

Mit  für
Münster

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2025

Bildung und Kultur

Naturfreunde

Soziale Stadt

Wirtschaft, Arbeit

Frauenpolitik

Inhaltsverzeichnis

Unsere zehn wichtigsten Vorhaben	6
Wohnen.....	8
Für mehr Wohnungen.....	8
Für den Bau von Werkswohnungen	10
Für eine soziale Bodenpolitik und strukturelle Weichenstellung	11
Für den Schutz und die Rechte von Mieter*innen	12
Wirtschaft und Arbeit	14
Für neue Gewerbeflächen	15
Für eine attraktive Innenstadt und attraktive Ortskerne in den Außenstadtteilen.....	15
Für Azubis und Fachkräfte	16
Für Unternehmer*innen und Gründer*innen.....	18
Für gute Arbeit	19
Für Inklusion und soziales Engagement in Unternehmen.....	20
Für eine solide und zukunftsorientierte Finanzplanung.....	20
Für eine moderne und digitale Stadtverwaltung	22
Für gute Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung	23
Für Nachwuchsförderung und Fachkräftegewinnung in der Verwaltung	24
Bildung und Kultur	26
Für Familien – von Beginn an.....	27
Für verlässliche und gute Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung	27

Für starke Kinder und Jugendliche.....	28
Für eine moderne und bedarfsgerechte Schullandschaft.....	29
Für beste Bildungschancen für alle	30
Für eine Investitionsoffensive in den Ausbildungsstandort	31
Für Demokratie, gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.....	32
Für die Hochschulen in unserer Stadt	33
Für lebenslanges Lernen.....	33
Für eine vielfältige Kulturlandschaft	35
Für starke städtische Kultureinrichtungen	36
Für Breiten- und Spitzensport, für aktive Sportvereine und attraktive Sportstätten	37
Verkehr	39
Für einen öffentlichen Verkehr, der schnell, zuverlässig und bezahlbar ist.....	40
Für einen stadt- und quartiersverträglichen Autoverkehr.....	43
Für die Fahrradhauptstadt, damit aus Anspruch Wirklichkeit wird	45
Für einen sicheren, schnellen und barrierefreien Fußverkehr.....	46
Für ein besseres Baustellenmanagement	47
Für einen zukunftsfähigen Flughafen Münster/Osnabrück	47
Soziale Stadt.....	49
Für eine diverse Stadt und eine hohe Lebensqualität bis ins Alter	50
Für eine gute Gesundheitsversorgung für alle	52

Für eine offene und gleichberechtigte Stadtgesellschaft	54
Für eine barrierefreie Stadt, die Teilhabe für alle ermöglicht.....	55
Für eine Stadt, in der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft eine Heimat finden	57
Für eine Stadt, die allen Menschen ein Dach über dem Kopf bietet	58
Für eine Stadt, die Sicherheit und Ordnung gewährleistet	59
Frauenpolitik	61
Für gesellschaftliche Teilhabe und Gleichstellung von Frauen....	61
Für geschlechtergerechte Stadtpolitik und Gleichstellung im öffentlichen Raum	62
Für die Rechte und gesundheitliche Versorgung von Frauen	63
Naturfreunde	65
Für eine kompakte und flächensparende Siedlungsentwicklung	66
Für Grünflächen und gute Gewässer	66
Für sozialverträglichen Klima- und Naturschutz	68
Für energieeffiziente Gebäude, funktionierende Infrastrukturen und Kreislaufwirtschaft	68
Für den Schutz von Haus- und Wildtieren	70
Stichwortverzeichnis	73

Unsere zehn wichtigsten Vorhaben

Unsere Stadt steht vor zahlreichen Herausforderungen. Das vorliegende Programm gibt hierauf sozialdemokratische Antworten, mit denen wir dafür sorgen, dass Münster für alle lebens- und liebenswert bleibt. Die folgenden zehn Vorhaben sind uns dabei besonders wichtig.

- 1 Wir werden dafür sorgen, dass die Kita-Gebühren nicht erhöht werden. Die ohnehin schon vielfach belasteten Familien können sich hier auf uns verlassen.
- 2 Wir werden einen neuen Berufsschulcampus an der Nieberdingstraße errichten. Denn es wird Zeit, dass die berufliche Bildung endlich auch in Münster den Stellenwert bekommt, den sie verdient.
- 3 Wir werden Werkswohnungen ermöglichen und ein Azubi-Wohnheim bauen. Weil Wohnen nicht nur eine zentrale Frage der sozialen Gerechtigkeit ist, sondern auch eine entscheidende Rolle für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt spielt: Wenn dringend benötigte Fachkräfte sich Münster nicht mehr leisten können, wird unsere Stadt in Zukunft nicht mehr funktionieren. Die Vorfahrt für Wohnen setzen wir auch an anderen Stellen ganz konkret um: Wir werden die städtischen Baustandards am gesetzlichen Mindeststandard ausrichten und zusätzliche Flächen bereitstellen, auf denen neue Wohnungen entstehen können.
- 4 Wir werden die Gesamtschulen weiter ausbauen. Diese Schulform leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, die Münsteraner Eltern stimmen auch Jahr für Jahr mit den Füßen ab, dass sie mehr Gesamtschulplätze wollen.
- 5 Wir werden unsere Bäder modernisieren und uns weiterhin für ein Familienbad einsetzen. Denn zu einer attraktiven Stadt gehört ein attraktives Bäderangebot.
- 6 Wir werden dafür sorgen, dass Schulesen kostenlos wird. Denn so entlasten wir Familien und unterstützen insbesondere benachteiligte Kinder.

- 7 Wir werden die Verkehrswende sozial gerecht vorantreiben. Dafür werden wir im gesamten Stadtgebiet Metrobuslinien einrichten und in den Ausbau des ÖPNV investieren.
- 8 Wir werden die Beleuchtung im öffentlichen Raum verbessern und in den Bussen ein abendliches Halten auf Wunsch ermöglichen. Dies leistet einen Beitrag dazu, dass insbesondere Frauen sich zu jeder Zeit in unserer Stadt sicher fühlen können.
- 9 Wir setzen uns für ein gutes Zusammenleben von Mensch und Tier ein, indem wir etwa neue Auslaufflächen für Hunde schaffen und in der Silvesternacht einen Zufluchtsort für verängstigte Haustiere und ihre Besitzer*innen anbieten.
- 10 Wir werden die Münsteraner Kleingärten erhalten und ausbauen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu Umweltschutz und Naherholung und sind ein unverzichtbarer Teil unserer Stadt.

Wohnen

Wohnen ist eine der großen sozialen Herausforderungen der Gegenwart. Alle Menschen müssen ein Dach über dem Kopf haben, unter dem sie sich wohlfühlen und das sie sich leisten können. Wohnen ist darüber hinaus auch ein Schlüssel für andere Herausforderungen. Denn auch wer in Kindergärten, Krankenhäusern oder Pflegeheimen arbeitet, muss es sich leisten können, in Münster zu wohnen. Den Fachkräftemangel wird die Stadtgesellschaft daher nur lösen, wenn alle zusammen deutlich mehr Wohnraum schaffen.

Wir haben in den letzten Jahren bereits einige Fortschritte erreicht. In einer Stadt, in der die Mieten steigen, haben wir für bezahlbaren Wohnraum gekämpft. Wir haben Flächen für **neue Wohnungen in Gremmen-dorf, Hiltrup, Albachten und Gievenbeck** geschaffen und im Jahr 2023 den höchsten Wert an neuem Wohnraum erzielt. Mit einer kräftigen Unterstützung von **50 Millionen Euro für die städtische Wohnungsbaugesellschaft „Wohn + Stadtbau“** haben wir dafür gesorgt, dass die Stadt selbst entscheiden können, was wo gebaut wird. Besonders stolz sind wir auf die **Unterstützung für Azubis**,

für die wir ein modernes Wohnheim am Hafen bauen werden. Auch um **Wohnen für Familien** und **soziale Wohnprojekte** haben wir uns gekümmert. **Alternative Wohnformen** haben wir durch Kredite unterstützt. Damit Münster für alle bezahlbar und lebenswert wird.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum hat für uns auch in den nächsten Jahren Priorität gegenüber anderen politischen Zielen. Für uns steht fest: Vorrang für Wohnen für alle! Die folgenden Themen und Maßnahmen werden dabei im Zentrum stehen.

Für mehr Wohnungen

Wir werden **neues Bauland** bereitstellen und dabei auch Stadtteile erweitern. Dabei werden wir sicherstellen, dass die Anbindung an einen leistungsfähigen ÖPNV gewährleistet ist. Beispielsweise werden wir uns dafür einsetzen, den Stadtteil Sentrup zwischen Zoo und Roxeler Straße zu erweitern und dort wertvollen, bezahlbaren sowie natur- und stadtnahen Wohnraum, unter anderem für die Beschäftigten des nahegelegenen Uniklinikums, schaffen.

Überbordende **Gestaltungs- und Planungsprozesse**, die Neubauprojekte in Münster in

den letzten Jahren deutlich in die Länge gezogen haben, werden wir beschleunigen. Neue Quartiere müssen nicht in erster Linie Architekturpreise gewinnen, sondern sich an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientieren. Zu hohe Standards behindern den Bau neuer Wohnungen. Daher werden wir die städtischen Leitlinien dahingehend überarbeiten, dass sie sich am gesetzlichen Mindeststandard orientieren. Im Bereich der **Altstadtsatzung** werden wir für die Schaffung von weiterem Wohnraum klare Kriterien schaffen und den Wohnungsbau auch hier zur Priorität machen.

Wir werden für eine gute Mischung in den neuen Wohngebieten sorgen. Dabei setzen wir insbesondere auf den **Geschosswohnungsbau**. Daneben wollen wir weiterhin auch **Einfamilienhäuser** ermöglichen. Flächen, die neu bebaut werden, wollen wir möglichst effizient nutzen. Das bedeutet auch, dass wir höher bauen werden, als es bisher in Münster üblich ist. Konkret wollen wir in Bebauungsplänen künftig ermöglichen, bis zu zwei Geschosse mehr als in der jeweiligen Umgebung zu ermöglichen.

In allen neuen Wohngebieten wollen wir geförderte, preisgedämpfte, freifinanzierte Miet-

wohnungen und auch Eigentum mischen. Wohnungen mit vier und mehr Zimmern werden wir fest verankern, um auch **Wohnraum für Familien** zu schaffen. Außerdem werden wir darauf achten, dass in Neubaugebieten und bei Nachverdichtungen im Allgemeinen **barrierearmer und anteilig barrierefreier Wohnraum** geschaffen wird. Zudem wollen wir in jedem neuen Baugebiet die Vergabe eines festen Anteils der Wohnungen für Personen vorgeben, die in Berufen mit akutem Fachkräftemangel arbeiten, beispielsweise in der Kinderbetreuung und Pflege. Das **Wohnen für Azubis und Studierende** werden wir in allen Planungen berücksichtigen.

Wichtig ist für uns: Wenn neue Baugebiete geschaffen werden, muss die **Infrastruktur** rechtzeitig angemessen mitwachsen. Dies ist auch für die Akzeptanz neuer Baugebiete unter den bereits dort wohnenden Bürger*innen zentral.

Im Bestand wollen wir die baulichen Möglichkeiten der **Aufstockung von Gebäuden** vereinfachen und dafür die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen. Vorhandene Baulücken werden wir nutzen. Beispielsweise wollen wir grundsätzlich keine neuen Supermärk-

te mehr genehmigen, bei denen kein zusätzlicher Wohnraum in Obergeschossen geschaffen wird.

Wir wollen die Bebauung ordnen. Derzeit sind weite Teile der Stadt nicht ausreichend durch **Bebauungspläne** reguliert. Das führt an vielen Stellen zu Wildwuchs im Interesse von Spekulant*innen. Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt für diese Gebiete Bebauungspläne erlässt und damit ihre Regulierungs- und Gestaltungsfunktion stärker wahrnimmt. Zugleich wollen wir bürokratische Hemmnisse senken, um die Bearbeitung von **Baugenehmigungen** zu beschleunigen. Bauanträge müssen innerhalb eines Monats bearbeitet werden. Die Genehmigung von Wohnungsbauprojekten hat dabei Vorrang.

Wir setzen bei allen Planungen der Stadt Münster auf **frühzeitige und ergebnisoffene Beteiligungsprozesse** zur Einbindung der Bürger*innen. Prozesse müssen transparent gestaltet und ihre Ergebnisse verlässlich berücksichtigt werden. Um dies zu gewährleisten, entwickeln wir gemeinsam mit der Verwaltung, Bürger*innen und Expert*innen verbindliche Leitlinien für mehr und bessere Partizipation. Die Informationsseiten der Stadt werden wir zu

einem zentralen **Informations- und Partizipationsportal** ausbauen („Münster macht mit“). Wir werden außerdem prüfen lassen, welche weiteren Schritte zur Entwicklung, Begleitung, Umsetzung und Evaluation von Beteiligungsprozessen umgesetzt werden können, beispielsweise durch eine dezentrierte übergreifende Einheit innerhalb der Verwaltung oder die Weiterentwicklung der Beschwerdekommision.

Für den Bau von Werkwohnungen

Der Fachkräftemangel ist in Münster eine der zentralen Herausforderungen. Ein Grund dafür: Zu viele Menschen können es sich schlicht nicht mehr leisten, in Münster eine Wohnung zu mieten oder sie finden keine. Daher braucht es eine **Renaissance des Werkwohnungsbaus**. Wir wollen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen den Bau von Werkwohnungen ermöglichen und orientieren uns hierbei an den Entwicklungen in Städten wie München, Hamburg oder Wien. Wir werden entsprechende planerische Anreize und die notwendigen baurechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Darüber hinaus soll der Bau von Werkwohnungen künftig als Kriterium berücksichtigt wer-

den, wenn sich Unternehmen in Münster ansiedeln und hierfür Gewerbeflächen erwerben wollen.

Gewerbeansiedlungen und Werkswohnungsbau müssen räumlich zusammen gedacht werden – gerade in Quartieren mit vielen Dienstleistungsunternehmen und Behördenstandorten. Daher werden wir die **strikte räumliche Trennung von Gewerbe und Wohnraum** deutlich einschränken.

Wir werden einen **Wohnungshub** errichten, in dem Arbeitgeber*innen Wohnungen mieten können, um so Menschen, die nach Münster kommen, eine Wohnung für einen Übergang von bis zu zwei Jahren zur Verfügung zu stellen. Um Mietspekulation zu vermeiden, soll die Wohn + Stadtbau oder ein anderer gemeinnütziger Träger den Wohnungshub errichten und betreiben.

Für eine soziale Bodenpolitik und strukturelle Weichenstellung

Wir werden weitere strukturelle Weichen stellen, um Bauflächen schneller zur Baureife zu entwickeln. Die städtische KonVO ist zurzeit für die Sanierung, Erschließung und Entwicklung des York-Quartiers und des Oxford-Quartiers zuständig. Wir wer-

den die KonVO zu einer **Stadtentwicklungsgesellschaft** weiterentwickeln, die stadtweit den Ankauf und die Entwicklung der Grundstücke zur Baureife vorantreibt. Außerdem werden wir die **Wohn + Stadtbau** in ihrer Rolle als städtisches Wohnungsunternehmen weiter stärken, indem wir baureife Grundstücke aus städtischem Besitz oder dem Besitz der neuen Stadtentwicklungsgesellschaft in das Eigenkapital der Wohn + Stadtbau überführen.

Wir werden das so genannte Münchner Modell umsetzen: Wir werden **Erbbauszinsen für gemeinwohlorientierte Vermieter*innen** rabattieren und dafür im Gegenzug die Mietsteigerungen für die Laufzeit des Erbbaurechtsvertrags regulieren. Wir setzen uns dafür ein, **genossenschaftliches Wohnen** als tragende Säule der Wohnungsversorgung in Münster zu stärken. Wir wollen die Gründung neuer und die Erweiterung bestehender Genossenschaften aktiv unterstützen, wenn sie bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Das **Vorkaufsrecht der Stadt** werden wir stärker nutzen und dem Verkauf von städtischem Grund und Boden nur noch in Ausnahmefällen zustimmen. Die **Vergabe in Erbpacht** muss zum Standard werden. Zudem

werden wir eine **Grundsteuer C** einführen, um die Spekulation mit baureifen, aber unbebauten Grundstücken zu beenden. Das Erfolgsmodell der **Sozialgerechten Bodennutzung** Müns-ter werden wir fortsetzen.

Wir wollen das **Modell „Jung kauft Alt“** ausweiten. Ältere Menschen bekommen hierbei eine altersgerechte Wohnung angeboten und geben im Gegenzug ihren Wohnraum frei, beispielsweise für Familien. Wir werden prüfen, wie wir Flächen, bei denen für die nächsten zehn Jahre keine anderweitige Entwicklung absehbar ist, für **Kleinhäuser („Tiny House“)** bereitstellen können.

Für den Schutz und die Rechte von Mieter*innen

Wir werden alle der Stadt zur Verfügung stehenden Maßnahmen nutzen, um das Wohnen im Bestand im Sinne der Mieter*innen zu regulieren. Dabei werden wir konkrete, bereits erprobte Instrumente wie die **soziale Erhaltungssatzung** im Hansaviertel weiter evaluieren und werden sie, wo es sinnvoll ist, auf andere Stadtteile ausweiten.

Um **Problemimmobilien** in den Griff zu bekommen, wollen wir

auch mit planungsrechtlichen Instrumenten dafür sorgen, vernachlässigte Immobilien zu sanieren oder Ersatzbauten zu schaffen. Dabei ist neben Angeboten zur Vernetzung der Betroffenen auch der Ankauf solcher Immobilien durch die Stadt eine Option.

Wir unterstützen weiterhin die Bereitstellung von kostenlosen **Mieterberatungsscheinen** für finanzschwache Mieter*innen. Insbesondere in Berg Fidel, Coerde und Kinderhaus werden wir die Ausgabe über die Beratungsdienste vor Ort absichern. Den mietrechtlich beratenden Institutionen wie der Mieter*innen-Schutzverein (MSV) oder der Deutsche Mieterbund (DMB) werden wir für die Beratung auskömmliche Finanzierungen ermöglichen.

Wir wollen die **kommunale Wohnungsaufsicht** als Ansprechpartnerin für Mieter*innen stärken und hierfür auch ihre personelle Ausstattung verbessern. In diesem Zuge wollen wir auch die **Zweckentfremdung** von Wohnraum wirksamer als bisher bekämpfen und Vereinbarungen mit Vermietungsportalen wie AirBnB prüfen. Bei wiederholter Zweckentfremdung von Wohnraum muss auch der Rückkauf oder die Enteignung von Wohnraum durch die Stadt eine

Option sein. In Zeiten eines angespannten Wohnungsmarktes darf kein Wohnraum ungenutzt bleiben. Die missbräuchliche Nutzung von leerstehenden Immobilien als Spekulationsmasse wollen wir stärker nachvollziehen und ahnden.

Wirtschaft und Arbeit

Münster ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort für Industrie, Handwerk, Einzelhandel und Dienstleistungsunternehmen. Wir wollen den Standort stärken und seine Attraktivität weiter erhöhen. Hierfür stehen wir im kontinuierlichen Austausch mit Verwaltung, den Unternehmer*innen, den Gewerkschaften, den Kammern, den Wirtschaftsverbänden, den Hochschulen und den Einrichtungen der beruflichen Bildung. So stellen wir sicher, dass alle Interessen gehört und alle Sorgen ernst genommen werden. Wir stehen zudem für eine solide und zukunftsorientierte Finanzplanung und setzen uns für eine moderne, leistungsstarke und serviceorientierte Verwaltung ein.

In den letzten Jahren konnten wir bereits viele Fortschritte erzielen. Wir haben die **soziale Komponente bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken** gestärkt. Kriterien wie die Schaffung von Ausbildungsplätzen, Frauen in Führungspositionen, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung oder die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter spielen nun eine stärkere Rolle als zuvor. Wir haben die heimi-

sche Wirtschaft gefördert, indem wir die **Gewerbeflächenentwicklung** zielgenau und nachhaltig gestaltet haben. Wir haben die **Standortentwicklungsstrategie 2030+** als Rahmen für die künftige Entwicklung mitgestaltet und den **Wirtschaftspreis** der Stadt Münster neuausgerichtet. Wir waren und sind solidarisch mit vielen Fachkräften für **bessere Arbeitsbedingungen**, zuletzt am Universitäts-Klinikum Münster und bei den Trägern im Jugend- und Sozialbereich. Prekäre Praktika bei der Stadtverwaltung haben wir verhindert und stattdessen für eine angemessene finanzielle **Absicherung von Praktikant*innen** gesorgt. Wir haben die **Stadtverwaltung** durch moderne Formen der Zusammenarbeit, agile Methoden und digitale sowie effiziente Prozesse zukunftsorientiert aufgestellt. Es ist uns gelungen, die **Haushaltssicherung** zu vermeiden und trotzdem die notwendigen **Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und die kommunalen Infrastrukturen zu ermöglichen**. Bei der Umsetzung der **Grundsteuerreform** haben wir die Aufkommensneutralität umgesetzt und Mehrbelastungen für die Bürger*innen verhindert.

Die folgenden Themen und Maßnahmen werden bei unserer Wirtschafts-, Arbeits- und Fi-

nanzpolitik sowie im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Verwaltung im Zentrum stehen.

Für neue Gewerbeflächen

Die im Regionalplan definierten Potenzialflächen für **neue Gewerbe- und Industriegebiete** bieten der Stadt Gestaltungsspielraum, um flexibel auf zukünftige Entwicklungen und Bedarfe zu reagieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Gestaltungsspielraum tatsächlich genutzt werden kann. Hierzu gehört eine aktive Bodenpolitik. Für neue Gewerbe- und Industriegebiete ist eine gute infrastrukturelle Anbindung zentral. Dazu gehört die Anbindung an die Verkehrs-, Energie- und digitalen Netze. Wo die Glasfaseranbindung noch nicht ausreichend verfügbar ist, werden wir den Ausbau forcieren. Weiße Flecken werden wir nicht akzeptieren. Ebenso ist uns wichtig, dass von neuen Gewerbe- und Industriegebieten möglichst geringe ökologische Auswirkungen ausgehen und sie nachhaltig gestaltet werden. Dazu gehören für uns entsiegelte Flächen, Grün- und Aufenthaltsflächen und eine gute Anbindung an das Bus- und Schienennetz.

Wir wollen **bestehende Gewerbegebiete** für eine gewerbliche Nutzung erhalten und Nachverdichtungspotenziale nutzen.

Flächen in diesen Gebieten, die in städtischem Besitz sind, sollen nicht zweckfremd verkauft und umgenutzt werden.

Bei der Entwicklung von **Konversionsflächen** und in den **urbanen Modellquartieren** sollen neben Dienstleistungsunternehmen und der öffentlichen Verwaltung auch kleine Betriebe und Handwerksunternehmen angemessen und quartiersverträglich berücksichtigt werden.

Wir sehen großes Potenzial darin, Münster und das Münsterland durch regionale Kooperation als zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zu profilieren. Dies betrifft sowohl die Schaffung neuer Gewerbeflächen als auch die Aktivierung von bestehenden Gewerbeflächen und die Wiederherstellung von brachliegenden Flächen. Daher wollen wir ein **strategisches Flächenmanagement** einführen. Dabei werden wir uns an den Erfahrungen im Ruhrgebiet orientieren. Für ein eng abgestimmtes Vorgehen werden wir den Austausch mit den Kommunen und Landkreisen im Münsterland suchen.

Für eine attraktive Innenstadt und attraktive Ortskerne in den Außenstadtteilen

Die **Attraktivität der Innenstadt und der Außenstadtteile** hängt

maßgeblich von der Vielfalt des Einkaufsangebots und der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ab. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung, der Wirtschaftsförderung, den Stadtwerken, den Kammern, dem Einzelhandelsverband sowie den Standort- und Werbegemeinschaften wollen wir die Einzelhändler*innen im Wettbewerb mit dem Online-Handel unterstützen, beispielsweise bei der Erschließung neuer Verkaufskanäle. Direkte Ansprechpartner*innen sollen sich in den Stadtteilen um die Fragen und Sorgen der Einzelhändler*innen kümmern. Gemeinsam mit der Verwaltung werden wir ein Konzept hierfür erstellen und umsetzen.

Der Domplatz ist das Herz der Innenstadt. Hier treffen sich Menschen, kommen ins Gespräch, tauschen sich aus und kaufen ein. Wir bekennen uns zu den Plänen zur **Umgestaltung des Domplatzes** als eine multifunktionale und autoarme Aufenthaltsfläche ohne Konsumzwang, für den Wochenmarkt, Gastronomie, für Kundgebungen sowie kleine und große Veranstaltungen.

Auch die **Ortskerne in den Außenstadtteilen** übernehmen wichtige Funktionen für ihren jeweiligen Stadtteil. Sie sind ebenfalls Orte, an denen sich Menschen begegnen, austau-

schen und einkaufen. Wir setzen uns für die Stärkung der Ortskerne, ihrer Wochenmärkte und Angebotsstrukturen ein. Nur lebendige Ortskerne können die wichtige Funktion der wohnortnahen Versorgung für die Menschen übernehmen und zu einem guten Miteinander im Stadtteil beitragen. Die begonnenen Maßnahmen zur Umgestaltung in Wolbeck werden wir auswerten, auf andere Außenstadtteile übertragen und dort ebenfalls umsetzen.

Wir wollen Münster als **Tourismusdestination und Veranstaltungsort** für Tagungen, Kongresse und Messen weiterentwickeln. Hierbei setzen wir auf Maßnahmen, die dazu beitragen, dass Tourist*innen mehr Tage in Münster verbringen als bisher. Wir wollen die Digitalisierung im Tourismus vorantreiben und so die Buchung und Orientierung für Tourist*innen erleichtern sowie die Datengrundlage zur Entwicklung künftiger Maßnahmen verbessern. Durch eine Förderung nachhaltiger Angebote wollen wir den ökologischen Fußabdruck des Tourismus reduzieren.

Für Azubis und Fachkräfte

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine zent-

rale kommunale Aufgabe. Nur wenn bezahlbarer Wohnraum in ausreichendem Maße zur Verfügung steht, werden sich Auszubildende und Fachkräfte bei ihrer Berufswahl für Münster entscheiden. Wir werden daher ein neues Wohnheim für Auszubildende bauen und sicherstellen, dass bestehende Wohnangebote erhalten bleiben. Wir setzen uns außerdem für die Schaffung eines kommunalen Auszubildendenwerks ein, das sich – in enger Partnerschaft mit den Kammern und Unternehmen und vergleichbar mit dem Studierendenwerk – um die Belange von Auszubildenden kümmert.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist für uns ein zentrales Thema. Daher haben wir ihm ein eigenes Kapitel gewidmet. Dort findest du weitere konkrete Vorschläge.

Wir setzen uns für die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** ein. Wir stärken die berufliche Bildung, indem wir die personelle und sachliche Ausstattung der Berufskollegs und den Einrichtungen der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) ausbauen, vor allem für Berufszweige mit Bezug zu Zukunftstechnologien. Dies gilt insbesondere für die personellen Kapazitäten und eine hoch-

wertige IT-Ausstattung.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bereits bestehenden Angebote zur **Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen** erhalten bleiben. Die Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Arbeitsmarkt werden wir durch die in anderen Städten erfolgreich umgesetzten Jugendberufsagenturen erhöhen. Gemeinsam mit der Verwaltung und der Agentur für Arbeit wollen wir einen neuen Anlauf für eine **Jugendberufsagentur in Münster** starten, die junge Erwachsene auf dem Weg in die Arbeitswelt unterstützt.

Wir wollen die bestehenden Angebote zur Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen an die spezifischen Bedarfe der einzelnen Stadtteile anpassen, damit Angebot und Nachfrage noch besser zusammengebracht werden können. Dazu gehören für uns auch **Veranstaltungen und Jobbörsen in den Stadtteilen**, die in enger Zusammenarbeit von der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und der Wirtschaftsförderung durchgeführt werden. Auch die Bildungsträger, lokale Unternehmen, das Handwerk und Netzwerkpartner*innen sollen hierbei eingebunden werden. Die Veranstaltungen sollen an Orten stattfinden, die möglichst

viele Menschen niedrigschwellig erreichen können, beispielsweise in Sportvereinen, Schulen oder Begegnungszentren. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf Stadtteilen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Menschen, die als Fachkräfte nach Deutschland kommen, hier willkommen fühlen. Daher werden wir die vorhandenen Angebote zur gesellschaftlichen **Integration von Zugewanderten** stärken. Das Anfang 2025 verabschiedete **Migrationsleitbild** der Stadt enthält viele Maßnahmen, deren Umsetzung wir voranbringen wollen. Einen wichtigen Beitrag leisten auch **Migrationsnetzwerke**, über die die entsprechenden Zielgruppen noch besser erreicht werden können. Auch für Geflüchtete sollen die Integration und der Einstieg in den Arbeitsmarkt durch unterstützende Maßnahmen und die möglichst zeitnahe Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis erleichtert werden.

Viele ausländische Fachkräfte stehen vor der Herausforderung, dass ihre Berufs- und Bildungsabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden. Gemeinsam mit der Verwaltung, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer wollen

wir **Anerkennungsprozesse von Berufs- und Bildungsabschlüssen** beschleunigen und Fachkräfte entlasten, beispielsweise durch Informationsmaterial, zentrale Kontaktstellen, Sprachkurse, Angebote zur Nachqualifizierung und Übergangsmaßnahmen.

Die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** ist zentral, um möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen – vor allem Frauen, die nach wie vor den Großteil der Betreuung und Erziehung von Kindern übernehmen. Daher wollen wir Unternehmen, die **Kindertagesstätten in ihren Betrieben** einrichten, durch Beratungsangebote unterstützen und gesamtstädtisch für eine gute und verlässliche Kinderbetreuung sorgen.

Für Unternehmer*innen und Gründer*innen

Wir werden die **Entbürokratisierung** vorantreiben, indem wir Vorschriften und Gebühren, die die Unternehmer*innen in Münster unverhältnismäßig belasten und benachteiligen, identifizieren und beseitigen. Dazu gehört auch die Beschleunigung von behördlichen Entscheidungen und Genehmigungsverfahren sowie die Digitalisierung der

städtischen Dienstleistungen. Insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels liegt ein wichtiger Schlüssel zu Wachstum und Wohlstand in der Steigerung der unternehmerischen Produktivität. Wir wollen mittelständische Betriebe aller Wirtschaftszweige – vom Handwerk über die Industrie bis zum Handel und den Dienstleistungsunternehmen – daher dabei unterstützen, die Potenziale von Digitalisierung, Automatisierung und künstlicher Intelligenz verstärkt zu nutzen. **Innovationsfördernde Werkstätten und Veranstaltungen** sollen dabei helfen, Unternehmer*innen des Mittelstands mit jungen Digitalunternehmer*innen, Gründer*innen und anwendungsorientierten Forscher*innen zu vernetzen.

Alle Unternehmer*innen stehen vor der Aufgabe, ihre Unternehmen im Hinblick auf eine **emissionsneutrale und digitale Wirtschaft** weiterzuentwickeln. Wir werden die Unternehmer*innen in Münster hierbei durch Beratungsangebote und unter Rückgriff auf Fördermittel von Bund, Land und EU tatkräftig unterstützen.

Zur **Unterstützung von Gründer*innen** werden wir die bestehenden Formate ausbauen – von Veranstaltungen über Beratungsleistungen bis zu finanzi-

ellen Förderungen. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Gründungswilligen, Verwaltung, Hochschulen, Wirtschaftsförderung, Kammern und anderen relevanten Akteuren.

Wir werden in der Verwaltung eine **zentrale digitale Anlaufstelle** („one-stop shop“) für Gründer*innen einrichten. Dort laufen alle bürokratischen Prozesse zusammen – von Gewerbeanmeldungen über steuerliche Registrierungen bis zu Baugenehmigungen. So reduzieren wir den bürokratischen Aufwand, verkürzen die Bearbeitungszeiten und fördern das Gründungsgeschehen.

Neu gegründete Unternehmen stehen häufig vor der Herausforderung, geeignete Räumlichkeiten zu finden – vor allem, wenn sie schnell wachsen. Wir wollen daher ein **Zentrum für Gründer*innen** errichten, in dem Gründer*innen und Jungunternehmer*innen Räumlichkeiten anmieten können. Grundlage ist eine Analyse der Bedarfe und bestehenden Angebote in der Stadt.

Für gute Arbeit

Wir setzen uns für eine Stärkung der **Tariffbindung**, mehr **Mitbestimmungsrechte** für Beschäf-

tigte, eine bessere **Förderung von Frauen** und eine gezielte **Inklusion von Menschen mit Behinderungen** ein. Unternehmen, die hier vorangehen, sollen bei der Vergabe städtischer Aufträge bevorzugt behandelt werden – zum Beispiel bei Dienstleistungen in den Bereichen Catering, Garten- und Landschaftspflege oder bei der Abfallentsorgung. Darüber hinaus wollen wir städtische Aufträge zukünftig nur noch an Unternehmen vergeben, die einer Tarifbindung unterliegen.

Die Stadtverwaltung muss sich als gute Arbeitgeberin in der Stadtgesellschaft positionieren. Daher wollen wir **flexible Arbeitszeitmodelle** bei Wahrung der Rechte von Arbeitnehmer*innen stärken und so auf die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen bei ihrer Lebensgestaltung Rücksicht nehmen. Mehrmonatige **studien- und ausbildungsbegleitende Pflichtpraktika** müssen angemessen vergütet werden.

Für Inklusion und soziales Engagement in Unternehmen

Der **soziale Arbeitsmarkt** ist von besonderer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt. Daher wollen wir ihn in den nächsten Jahren weiterhin absichern. Gemeinsam mit dem Jobcen-

ter werden wir zielgruppenspezifische Angebote schaffen, mit denen arbeitslose Menschen wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen. Die Träger im Bereich der Eingliederungshilfen werden wir hierbei beteiligen. Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen wollen wir besser und zielgenauer unterstützen.

Ein wichtiger Baustein von Inklusion ist die Zusammenarbeit von **Menschen mit und ohne Behinderung**. Die Stadtverwaltung soll hierbei mit gutem Beispiel vorangehen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass in der Stadtverwaltung und ihren Tochterunternehmen weiterhin Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen werden. Für schwerbehinderte Menschen wollen wir eine Zielmarke von 8 % verankern.

Unternehmer*innen, die vor Ort **Inklusionsbetriebe** führen oder gründen, werden wir unterstützen. Bei der Vergabe städtischer Aufträge sollen sie – ebenso wie Betriebe, die auf Tarifbindung und Mitbestimmung setzen – bevorzugt behandelt werden.

Für eine solide und zukunftsorientierte Finanzplanung

Die in den kommenden Jahren

drohende Haushaltssicherung wollen wir vermeiden und somit die **finanzielle Entscheidungsfreiheit** der Stadt Münster sichern. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit von Maßnahmen zur **Haushaltskonsolidierung**. Diese müssen sozial ausgewogen sein. Sozial unausgewogene und nicht durchdachte Maßnahmen wie die Erhöhung der Kita-Elternbeiträge, die die Kämmerin der Grünen und der Jugenddezernent der CDU für den Haushalt 2025 vorgeschlagen hatten, werden wir weiterhin ablehnen.

Wir wollen das **Grundsteuer-aufkommen** stabil halten. Wir werden daran festhalten, dass Wohngrundstücke auch nach der Umsetzung der Grundsteuerreform nicht unangemessen belastet werden und dass die Stadt nicht mehr Geld einnimmt als zuvor. Angesichts der hohen Kosten für Wohnen in unserer Stadt werden wir vor allem drauf achten, dass Mieter*innen durch Umlage der Grundsteuer über die Nebenkostenabrechnung nicht zusätzlich belastet werden.

Wir werden die Hebesätze der **Gewerbsteuer** so ausgestalten, dass wir die notwendigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Stadt tätigen können. Eine Belastung über den Durchschnitt der kreisfreien Städte in

NRW hinaus werden wir vermeiden. Die Perspektive der Münsteraner Unternehmer*innen werden wir dabei berücksichtigen und im Falle einer Anhebung auch zusätzliche Maßnahmen einführen, die dem Wirtschaftsstandort zugutekommen.

Wir werden in Münster eine **gemeinwohlorientierte Anleihe** („Social Bond“) einführen. Bürger*innen erhalten über diese Anleihe die Möglichkeit, sich an der Finanzierung von sozialen Infrastrukturen und bezahlbarem Wohnraum vor Ort zu beteiligen. Vorbild ist die erfolgreiche grüne Anleihe („Green Bond“), über die die Stadt Münster in den letzten Jahren bereits 170 Millionen Euro für nachhaltige Investitionen einwerben konnte.

Die Kommunen stehen vor immer größeren Aufgaben und finanziellen Belastungen. Besonders die Ausgaben für soziale, kinder- und jugendbezogene Pflichtleistungen steigen, ohne dass der Bund und das Land diese angemessen ausgleichen. Wir fordern daher die Bundes- und die Landesregierung dringend dazu auf, **Maßnahmen zur besseren Finanzausstattung der Kommunen** zu ergreifen, um Investitionen zu ermöglichen und die steigenden Sozialausgaben abzufedern. Das auf Bundesebene beschlossene Sondervermögen

und die darin vorgesehenen Mittel sind ein wichtiger erster Schritt. Nur mit einer langfristig gesicherten Finanzierung können die Kommunen notwendige Zukunftsinvestitionen tätigen und die steigenden Haushaltsbelastungen bewältigen.

Für eine moderne und digitale Stadtverwaltung

Eine moderne, leistungsstarke und bürgerfreundliche Verwaltung braucht gute Rahmenbedingungen. Nur mit einer ausreichenden Personalausstattung, einer zeitgemäßen technischen Ausstattung und effizienten Arbeitsabläufen lassen sich Verwaltungsprozesse beschleunigen, Bürokratie abbauen und der Service für die Menschen und Unternehmen in Münster verbessern. Unser Ziel ist eine starke, engagierte und gut ausgestattete Stadtverwaltung, die den Bürger*innen und Unternehmer*innen zuverlässig zur Seite steht.

Wir werden den **digitalen Zugang zu städtischen Verwaltungsleistungen** als Standard definieren. Dabei werden wir auf bundeseinheitliche Anwendungslösungen und Best-Practice-Beispiele aus unseren europäischen Nachbarländern setzen. Unsere Zielmarke für die konsequente digitale Zu-

gangsmöglichkeit ist das Jahr 2030. Wir wollen alle Angebote so weit wie möglich bündeln und den Zugang zu diesen Angeboten über das Stadtportal ermöglichen. Der digitalen Bereitstellung werden wir Vorrang vor analogen Angeboten einräumen, beispielsweise beim Ausbau von App-Lösungen. Gleichzeitig wollen wir dezentrale Anlaufstellen in den Stadtbezirken erhalten.

Wir werden die **Digitalisierung und Automatisierung** in der Verwaltung vorantreiben. Dadurch können Anträge und Vorgänge sowohl innerhalb der Verwaltung als auch im Kontakt mit den Bürger*innen zukünftig medienbruchfrei, also ohne Wechsel des Speichermediums abgewickelt werden.

Zur Steigerung der **Nutzerfreundlichkeit** setzen wir uns dafür ein, dass Bürger*innen und Unternehmer*innen die relevanten Daten in Zukunft nur noch einmal zentral angeben müssen („once-only-Prinzip“). Die verschiedenen Fachämter können sich dann die jeweils notwendigen Informationen sicher und transparent aus dem Datenregister ziehen und nach der Bearbeitung des Vorgangs aktualisieren. Wir werden uns daher gegenüber der Bundes- und der Landesregierung für eine Modernisierung der Register einsetzen.

Um die Verwaltung insgesamt effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten, werden wir das Organisationsamt stärken und als **verwaltungsinterne Beratungsstelle** weiterentwickeln. Sie soll die verschiedenen Ämter dabei unterstützen, Verwaltungsabläufe zu optimieren, an aktuelle Herausforderungen anzupassen und dadurch Bürokratie abzubauen.

Wir werden uns für die **Einführung proaktiver Verwaltungsleistungen** für Bürger*innen und Unternehmer*innen einsetzen. Sobald eine Behörde einen Anspruch feststellt oder über einen Antrag Kenntnis erhält, bietet sie dem Berechtigten die Leistung proaktiv an und leitet die weiteren Vorgänge automatisch ein. Dies reduziert den bürokratischen Aufwand für Bürger*innen und Unternehmer*innen. Erste Pilotanwendungen könnten beispielsweise für die Auszahlung von Kindergeld oder die Anmeldung eines Gewerbes eingeführt werden.

Für gute Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal einer modernen Verwaltung. Ein zentraler Baustein einer wirkungsvollen

Gleichstellungsarbeit ist die Förderung von Frauen in Führungspositionen. Leitungspositionen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Unternehmen wollen wir daher paritätisch besetzen.

Ein wichtiger Baustein von Inklusion ist die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung. Die Stadtverwaltung als eine besonders große Arbeitgeberin in der Stadt soll hierbei mit gutem Beispiel vorangehen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass in der Stadtverwaltung sowie ihren Tochterunternehmen weiterhin **Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung** geschaffen werden. Für schwerbehinderte Menschen wollen wir eine Zielmarke von 8 % verankern – dies entspricht rund 110 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Um schwerbehinderte Menschen zu unterstützen, setzen wir unter anderem auf gezielte Instrumente, die von Trägern wie dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) gefördert werden und eine gezielte Unterstützung durch Angestellte, die mögliche Mehraufwände im Arbeitsalltag ausgleichen („Pool-Stellen“). Darüber hinaus werden wir uns für die **Gründung eines Inklusionsbetriebs** innerhalb der Stadtverwaltung einsetzen. In diesem Betrieb sollen mindestens 30 %

der Beschäftigten Menschen mit Schwerbehinderung sein. Mögliche Einsatzbereiche sind beispielsweise die Stadtbücherei oder die Grünflächenpflege.

Bei der Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen sollte die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass das **Konzept der interkulturellen Personalentwicklung** in der Stadtverwaltung weiterentwickelt und angewendet wird.

Wir werden die **Vergabe von Aufgaben der Stadtverwaltung** an externe Unternehmen („Outsourcing“) kritisch überprüfen und möglichst weit reduzieren. Hausmeister*innen und Reinigungskräfte sollen direkt bei der Stadt angestellt sein. Vergaben an externe Unternehmen müssen besonders begründet werden. Außerdem müssen die Beschäftigten von beauftragten Unternehmen einer tariflichen Bindung unterliegen. Dies gilt sowohl für Vergaben der Stadtverwaltung als auch von städtischen Unternehmen.

Für Nachwuchsförderung und Fachkräftegewinnung in der Verwaltung

Der allgemeine Fachkräftemangel als Folge des demographischen Wandels und die hohen

Wohn- und Lebenshaltungskosten erschweren die Gewinnung von Nachwuchskräften. Wir setzen uns daher für **mehr Ausbildungsplätze und verbesserte Ausbildungsbedingungen in der Stadtverwaltung** ein („Ausbildung Plus“). Dazu gehört für uns insbesondere der Aufbau eines Ausbildungscampus innerhalb der Stadtverwaltung und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Der neue **Ausbildungscampus** wird voll ausgestattete Arbeitsplätze bieten und das Zentrum für verschiedene Ausbildungsgänge bilden. Hier sollen Nachwuchskräfte an moderne Arbeitsmethoden und die Fachaufgaben der verschiedenen Ämter herangeführt werden. Von hier aus hospitieren die Auszubildenden in den unterschiedlichen Fachbereichen der Verwaltung. Neben der Begleitung der Auszubildenden sollen im Ausbildungscampus auch Maßnahmen zur Weiterbildung für die städtischen Beschäftigten angeboten werden.

Wir wollen bezahlbaren **Wohnraum** für die Beschäftigten der Stadtverwaltung und der städtischen Tochtergesellschaften bereitstellen. Hierfür setzen wir auf die Zusammenarbeit mit der Wohn + Stadtbau als städtischem Wohnungsbauunterneh-

men. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Bereitstellung von Wohnraum für Auszubildende und Nachwuchskräfte liegen.

Zur Fachkräftegewinnung setzen wir auch auf die **gezielte Anwerbung** von Fachkräften aus dem Ausland.

Bildung und Kultur

Beste Bildung und ein breites und vielfältiges Kulturangebot dürfen nicht vom Geldbeutel oder Wohnort abhängen. Wir stehen für gerechte Bildungschancen von der Kita bis ins hohe Alter. Wir stehen für ein Kulturangebot, das alle mitnimmt. Wir stehen für eine Familienpolitik, die Kinder und Familien umfassend unterstützt. Unser Ziel ist die kinder- und familienfreundliche Stadt. Kultur und Sport für alle in ihrer ganzen Vielfalt sind ein zentraler Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. So kommen wir miteinander ins Gespräch, lernen uns gegenseitig kennen und gestalten gemeinsam unsere Stadt. Nur so kann Teilhabe gelingen. Nur so stärken wir das Gemeinwesen.

In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, die **Kita-Beiträge** trotz harter Sparzwänge stabil zu halten, die **Beitragsfreiheit** auszuweiten und die **Betreuungsmodelle** kontinuierlich weiterzuentwickeln. Mit der dritten städtischen **Gesamtschule** und der Weichenstellung für die Vierte haben wir das Angebot des gemeinsamen Lernens in Münster weiter ausgebaut. Wir haben seit 2020 insgesamt rund **270 Millionen Euro in moderne**

Schulgebäude und die digitale Ausstattung von Schulen investiert. Die Schüler*innen haben wir mit iPads ausgestattet und fit für neue Formen des Lernens gemacht. Zudem haben wir die **Sozialarbeit in Schulen und Kitas** weiter ausgebaut. Mit dem **Jugendkulturticket KULTICK** haben wir ein neues Angebot für junge Menschen in Münster geschaffen, das den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig vom Geldbeutel vereinfacht. Wir haben uns für die Interessen der städtischen Kultureinrichtungen in der seit Jahren geführten Debatte über einen möglichen **Musikcampus** eingesetzt und mit realistischen Umsetzungsperspektiven versehen. Wir haben eine nachhaltige, geschlechtergerechte, soziale und integrative **Sportstättenentwicklung** vorangetrieben. Wir haben **Kunstrasenplätze** gebaut, den **Sportpark an der Sentruper Höhe** ertüchtigt und mehr **Sportboxen** im Stadtgebiet aufgestellt. Wir haben dafür gesorgt, dass der **Ruderverein** an den Hafen umziehen konnte. Und zu guter Letzt: Wir haben es 2020 versprochen und nun ist es so weit – das neue **Preußenstadion** wird endlich Realität!

Die folgenden Themen und Maßnahmen werden im Zentrum unserer Bildungs-, Kultur- und Sportpolitik stehen.

Für Familien – von Beginn an

Wir wollen werdenden Eltern von der Schwangerschaft an einen niedrigschwelligen und stadtteilorientierten Zugang zu vielseitigen **Vernetzungs-, Beratungs- und Bildungsangeboten für Familien** bieten, um sie in ihrem Elternsein zu stärken und in Fragen rund um die Erziehung und das Familienleben zu unterstützen.

Wir nehmen die besonderen Herausforderungen in Familien gezielt in den Fokus und entwickeln **Präventions- und Beratungsangebote** bedarfsgerecht weiter. Dies gilt auch für besonders herausfordernde Lebenssituationen, bei Krisen und Konflikten, bei Trennung und Scheidung, für Familien in schwierigen sozioökonomischen und bildungsbenachteiligten Situationen, Alleinerziehende, zugewanderte Kinder sowie Jugendliche und Familien, die mit körperlichen oder psychischen Erkrankungen leben.

Wir setzen uns für einen kommunalen **Aktionsplan gegen Kinderarmut** ein, der Kinder in von Armut betroffenen oder armutsgefährdeten Familien gezielt in den Blick nimmt. In Zusammenarbeit zwischen den relevanten städtischen Ämtern, weiteren relevanten Institutio-

nen und freien Trägern soll eine städtische Gesamtstrategie entwickelt werden, die bestehende Angebote für ein gelingendes Aufwachsen quartiersbezogen weiterentwickelt, vernetzt, Lücken identifiziert und Maßnahmen zur Schließung dieser Lücken vorschlägt.

Für verlässliche und gute Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung

Wir werden die **Kindertagesbetreuung** quantitativ und qualitativ weiter ausbauen. Es ist unser Ziel, Kita-Schließungen zu verhindern und Stadtteile mit Unterversorgung in den Mittelpunkt zu stellen. Wir schaffen ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot und sorgen für größere Verlässlichkeit bei den Betreuungszeiten. Wir gewährleisten bedarfsgerechte und flexible Betreuungszeiten. Dies gilt auch für die Ferien und Randzeiten. Wir unterstützen Ferienangebote und -freizeiten.

Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass Familien nicht durch Erhöhungen der **Kita- und OGS-Beiträge** zusätzlich belastet werden.

Wir wollen die **Kitaplatz-Vergabe** anwendungsfreundlich, transparent und fair weiterentwickeln und so für ein wohnort-

nahes Betreuungsangebot für alle Familien unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern sorgen. Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der Kindertagesbetreuung und eine faire Bezahlung der Beschäftigten und der selbstständig tätigen Kindertagespflegepersonen ein.

Die **Kita-Sozialarbeit** haben wir gestärkt und wollen sie weiter ausbauen. Dabei stellen wir eine bedarfsgerechte Stellenzuweisung sicher.

Wir werden die städtischen Anstrengungen zur **Gewinnung und Ausbildung von pädagogischen Fachkräften** intensivieren. Hierzu gehört für uns neben dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gezielten Initiativen zur Anwerbung von Fachkräften auch die Förderung bezahlbaren Wohnraums in Arbeitsplatznähe.

Die **Träger der Kindertageseinrichtungen** dürfen bei der Planung nicht übergangen werden. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist. Diese werden wir fortsetzen.

Für starke Kinder und Jugendliche

Wir entwickeln **Spielplätze** kontinuierlich zu attraktiven, vielsei-

tigen und barrierearmen Spielgelegenheiten weiter, schaffen somit kostenlose Freizeitangebote für Familien und stärken die Bewegungsmöglichkeiten für Mädchen und Jungen. Wir stellen dafür die nötigen Gelder bereit und verbessern damit die Verteilung moderner Spielstätten im Stadtgebiet. Mit dem Paul-Gerhardt-Haus ist ein bedeutender Ort der Jugendarbeit in der Innenstadt weggefallen. Wir werden prüfen, wie bestehende Angebote weiterentwickelt und neue Räume für junge Menschen geschaffen werden können. Beispielsweise werden wir **Aufenthalts- und Freizeitmöglichkeiten** für Jugendliche ohne Konsumzwang drinnen und draußen ausbauen, beispielsweise Jugendtreffs oder selbstständige Sportangebote wie Skateparks. **Schulhöfe** werden wir an Nachmittagen und Wochenenden für Kinder und Jugendliche offenhalten, attraktiv gestalten und versiegelte Flächen gezielt entsiegeln.

Wir setzen uns für ein gesundes und **kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kitas und Schulen** ein. Hierfür sollen vor allem regionale, saisonale und ökologisch angebaute Produkte verwendet werden. Wir unterstützen außerdem die **Sprachbildung und Sprachförderung** für Kinder und Jugendliche mit

und ohne Migrationsvorgeschichte. Hierbei ist auch die Förderung der Herkunftssprache und -kultur wichtig.

Wir wollen Angebote und Strukturen zur **Wahrung und Förderung von Kinderrechten** weiter stärken und setzen uns für den **Schutz vor sexualisierter Gewalt** ein. Die Strukturen für Vereine und soziale Träger werden wir stärken, damit diese wirksame Gewaltschutzkonzepte ausbauen und ihr Personal an Schulungen zur Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen teilnehmen kann.

Wir werden **Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche** in schwierigen Lebenssituationen und akuten Krisen bedarfsgerecht ausbauen. Der Fokus liegt dabei auf Fragen und Themen rund um Konflikte in der Familie und im Freundeskreis, Gewalt, Schulschwänzen, Kriminalität, körperliche und seelische Gesundheit, Sexualität, Identität und Lebensweise. Hierbei kommt auch der **aufsuchenden Sozialarbeit** eine wichtige Rolle zu.

Wir sorgen für eine wirksame und früh beginnende **Suchtprävention** mit Angeboten für Eltern, Kinder und Jugendliche,

Pädagog*innen und Multiplikator*innen. Wir wollen die **Medienkompetenz** von Kindern und Jugendlichen stärken und hierzu Präventionsangebote sicherstellen, die junge Menschen für die Gefahren von Mediensucht, Belästigung und Verleumdung im Internet („Cybermobbing“) und die Manipulation durch Erwachsene („Cybergrooming“) frühzeitig sensibilisieren. Wir unterstützen junge Menschen, wenn sie **Hass, Hetze und psychische Gewalt im Internet** erfahren und bauen entsprechende Beratungsangebote aus.

Wir unterstützen den **Jugendrat** und den **Stadtjugendring** als wichtige Selbstvertretungen Jugendlicher, beispielsweise mit je einem Sitz im Jugendhilfeausschuss. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch **Schüler*innenvertretungen** weitergehende konkrete Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten.

Für eine moderne und bedarfsgerechte Schullandschaft

Damit alle Schüler*innen einen Platz an ihrer gewünschten Schulform bekommen, werden wir die Anzahl der **Plätze an Gesamtschulen weiter** ausbauen.

Nachdem wir die vierte Gesamtschule in Angermünde erfolgreich auf den Weg gebracht haben, nehmen wir hierbei nun vor allem die Versorgung im Stadtteil Coerde in den Blick. Die **Primus-schule** wollen wir stärken und uns dafür einsetzen, dass das Erfolgsmodell Schule macht.

Wir werden Grundschulen unterstützen, die **Familiengrundschulzentren** werden wollen.

Wir werden die **Ganztagsangebote an allen Schulformen** bedarfsgerecht erweitern, um so Schüler*innen bestmöglich zu unterstützen und Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entlasten. Durch die Einbindung verschiedener Akteur*innen ermöglichen wir Sport-, Kultur- und Musikangebote im Offenen Ganztags. Schulen, die einen gebundenen Ganztags anbieten wollen, unterstützen wir dabei. Wir wollen den **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** für ab 2026 eingeschulte Kinder so umsetzen, dass ältere Kinder ihren Platz in der Offenen Ganztagschule (OGS) behalten und die Qualität der OGS erhalten bleibt.

Wir werden **die Sanierung und den Neubau von Schulen** im engen Dialog mit den Schulen bedarfsgerecht fortsetzen. Leitplanken sind für uns dabei vor allem eine weitreichende Barriere-

freiheit, die bedarfsgerechte Erweiterung von Fachräumen, moderne Toilettenanlagen, ausreichende Möglichkeiten für Sport und Bewegung sowie eine bessere Aufenthaltsqualität auf naturnahen Schulhöfen. Darüber hinaus bauen wir Stellen für **Hausmeister*innen und Schulsekretär*innen** aus und setzen weniger auf teure externe Dienstleistungsunternehmen.

Wir treiben den **Ausbau der digitalen Infrastruktur** in den Schulen und Bildungseinrichtungen voran und unterstützen diese bei der Erarbeitung von Konzepten zum konsequenten digitalen Lernen und zur digitalen Teilhabe. Pädagog*innen werden wir durch „digitale Hausmeister*innen“ entlasten.

Für beste Bildungschancen für alle

Wir entwickeln die **schulische Integration und Inklusion** als Mehrwert für alle weiter. Dabei orientieren wir uns am Wohl der Schüler*innen. Grundschulen sollen immer Schulen des gemeinsamen Lernens sein. Gleichzeitig werden wir das **Förderschulangebot** bedarfsgerecht ausbauen und Wahlfreiheit für Eltern sicherstellen. Die Beschulung und Integration zugewanderter Schüler*innen unterstützen wir und sichern be-

stehende Initiativen konzeptionell und finanziell langfristig ab.

Wir werden die **Förderinseln** in den Grundschulen und die **Schulsozialarbeit** an allen Schulen weiter ausbauen, um Entwicklungs- und Bildungschancen für alle zu schaffen sowie Prävention und Nachteilsausgleich zu stärken. Dabei werden wir verstärkt die Förderschulen und Berufskollegs in den Blick nehmen. Außerdem setzen wir uns für eine **starke Schulpsychologie** ein, deren Angebote unabhängig von der Finanzkraft der Eltern für alle Schüler*innen zugänglich bleiben.

Wir schaffen informative und unterstützende Rahmenbedingungen für einen guten **Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf** für alle Jugendlichen.

Für eine Investitionsoffensive in den Ausbildungsstandort

Münster braucht mehr und besser organisierte Angebote zur beruflichen Grund- und Ausbildung und bessere Lernbedingungen mit guten Wohnmöglichkeiten und mehr Wertschätzung für Ausbildungsberufe. In den letzten Jahren ist allerdings zu wenig in gute Ausbildung investiert worden. Wir werden daher eine **Investitionsoffensive für**

gute Ausbildung starten. Wir werden die städtischen Berufskollegs fit für die Zukunft machen – baulich, organisatorisch, personell und technisch. Die Stadtverwaltung muss dabei als wichtige und große Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangehen.

Als Ersatz für die besonders baulich ausfalligen Berufskollegs werden wir **ein neues und modernes Berufsschulzentrum an der Niederdingstraße** errichten. Dieser Standort ist verkehrstechnisch hervorragend angebunden und verfügt über genügend Flächen. In einem neuen Gebäude wollen wir ein Lernumfeld mit moderner Technik schaffen, das sich an der beruflichen Praxis in den Betrieben orientiert.

Wir stehen für optimale Lernbedingungen an allen **städtischen Berufskollegs**. Wir werden sie daher so ausstatten, dass sie praxisnahes Lernen auf höchstem Niveau ermöglichen. Wir setzen uns für eine konsequente Digitalisierung ein, die den Einsatz moderner Hard- und Software sowie eine flächendeckende, leistungsfähige IT-Infrastruktur umfasst. Digitale Lehr- und Lernmittel müssen in allen Bildungsgängen selbstverständlich sein.

Die Wohnungssuche ist für viele Auszubildende eine große,

manchmal nicht zu bewältigen-
de Herausforderung. Wir wer-
den daher weitere **Wohnheime
für Auszubildende** bauen. Ge-
meinsam mit den Kammern, den
Unternehmen, der Wohnungs-
wirtschaft und den öffentlichen
Akteur*innen wollen wir dieses
Thema voranbringen. Bestehen-
de Wohnangebote werden wir
erhalten. Wir setzen uns zu-
dem für die **Schaffung eines
kommunalen Auszubildenden-
werks** ein, das sich um die Be-
lange von Auszubildenden küm-
mert.

Wir setzen uns dafür ein, **Aus-
bildungsberufe als attrakti-
ve Karrierewege** sichtbarer zu
machen. Dafür wollen wir die
Berufsorientierung an Schu-
len weiter stärken. Bestehen-
de Programme und Initiativen
werden wir durch eine stärkere
Vernetzung mit lokalen Unter-
nehmen und Betrieben verbes-
sern. Hierfür setzen wir auf die
Zusammenarbeit mit den Schu-
len, den Unternehmen, den Ge-
werkschaften, der Berufsbera-
tung, der Arbeitsagentur und
der Stadtverwaltung.

Unser Ziel ist es, Münster zu ei-
ner Stadt zu machen, in der jun-
ge Menschen gut ausgebildet
werden, in der sie gerne leben
und in der sie sich ihre Zukunft
aufbauen wollen. Dazu gehört
für uns die **gute Erreichbarkeit**

**von Berufskollegs und Aus-
bildungsbetrieben** sowie ein
**vielfältiges, bezahlbares Kul-
tur- und Freizeitangebot**. Er-
rungenschaften wie das Müns-
terAbo für Bus und Bahn und
das Jugendkulturticket KULTICK
wollen wir daher erhalten und
weiterentwickeln.

Für Demokratie, gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung

Wir stärken die **politische Bil-
dung**, beispielsweise durch Ge-
denkstättenfahrten, Besuche
politischer Gremien und die För-
derung internationaler Begeg-
nungen junger Menschen.

Mit großer Sorge betrachten wir
die Zunahme rassistischer, dis-
kriminierender und antisemiti-
scher Haltungen, Äußerungen
und Vorfälle. Aus der histori-
schen Verantwortung und aus
Münsters Selbstverständnis als
Friedensstadt ergibt sich für uns
der klare Auftrag, **Rassismus,
Diskriminierung und Antisemi-
tismus** in jeglicher Form kompro-
misslos entgegenzutreten. Wir
wollen schon junge Menschen
dazu befähigen, entschieden
für die **Würde aller Menschen**
einzutreten. Entsprechende Bil-
dungs-, Beratungs- und Schu-
lungsangebote unterstützen wir
daher nach Kräften und werden
städtisches Engagement gegen

Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus noch sichtbar machen.

Die **Villa ten Hompel** leistet seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zur Geschichtsvermittlung über die Verbrechen der Nationalsozialisten, ebenso wie das **Stadtarchiv**. Unzählige Besucher*innen, insbesondere auch Schulklassen, werden jedes Jahr durch die Ausstellungen der Villa ten Hompel geführt. Als ehemaliger Ort totalitärer Polizeigewalt besteht darüber hinaus eine bewährte Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz. Gerade in Zeiten zunehmender rassistischer, diskriminierender und antisemitischer Haltungen, Äußerungen und Vorfälle ist für uns klar: Wir unterstützen die Villa ten Hompel als wichtige Akteurin einer lebendigen Erinnerungskultur ebenso wie das Team der Villa ten Hompel mit Nachdruck in seinem Engagement.

Für die Hochschulen in unserer Stadt

Die **Hochschulen** mit ihren mehr als 60.000 Studierenden prägen das Stadtbild und das Leben in Münster. Wir wollen uns in regelmäßigen Abständen mit den Hochschulen austauschen, um angesichts der sich verändernden Studierendenzahlen weiter

eine attraktive Stadt für die Student*innen und die Beschäftigten der Hochschulen zu bleiben. Von besonderer Bedeutung für Studierende und Beschäftigte an den Hochschulen sind unser Einsatz für bezahlbares Wohnen und ein besseres Mobilitätsangebot. Den Austausch mit den Vertreter*innen der Studierendenschaft wollen wir intensivieren. Wir schaffen zudem gute Rahmenbedingungen für einen attraktiven Hochschulstandort, indem wir die liegenschaftliche Entwicklung der Hochschulen und **Studierendenwerke** unterstützen und begleiten, städtische Angebote etwa in der Kultur auch für ein studentisches Publikum attraktiv halten und das Gründungsgeschehen aus den Hochschulen heraus aktiv unterstützen. Auch über das Studium hinaus soll Münster eine attraktive Stadt für Absolvent*innen sein, da diese den Wirtschaftsstandort stärken. Projekte wie das Batterieforschungszentrum MEET bieten Arbeitsplätze, die wir unterstützen werden.

Für lebenslanges Lernen

Bildung ist der Schlüssel zu einer starken und zukunftsfähigen Gesellschaft. Münster verfügt über eine lebendige Landschaft staatlich anerkannter **Weiterbildungseinrichtungen** mit unterschiedlichen Schwer-

punkten, die Menschen vielfältig in ihrer Lebensgestaltung unterstützen. Mit Kursen, Workshops, Informationsveranstaltungen und Präventionsprojekten bieten sie niedrigschwellig und bedarfsorientiert allgemeine Weiterbildung, Erwachsenen- und Familienbildung. Sie sind wichtige Orte gemeinsamen Lernens, von Vernetzung und Begegnung und stärken damit den Zusammenhalt in unserer Stadt. Wir setzen uns für die Förderung der **allgemeinen Weiterbildung** in Münster ein und kooperieren bedarfsorientiert mit den Trägern bei der Planung und Entwicklung von kommunalen Präventionskonzepten und Weiterbildungsaufgaben.

Wir werden die **Volkshochschule Münster (VHS)** als zentrale Institution für lebenslanges Lernen und gesellschaftliche Teilhabe stärken und weiterentwickeln. Wir wollen ihre Angebote passgenau auf die Bedürfnisse der Menschen ausrichten und die Reichweite und Qualität der Angebote verbessern. Insbesondere Geflüchtete, Arbeitssuchende und Menschen mit geringen Bildungschancen wollen wir hierbei verstärkt in den Blick nehmen. Darüber hinaus wollen wir Angebote und Räumlichkeiten in den Stadtteilen ausbauen und die Chancen der

Digitalisierung für flexible und hybride Lernformate nutzen. Neben der inhaltlichen Weiterentwicklung setzen wir uns für eine strukturelle Stärkung der Volkshochschule ein. So soll sie ein eigenes Amt innerhalb der Stadtverwaltung werden. Sowohl die inhaltliche als auch die strukturelle Weiterentwicklung werden wir in enger Zusammenarbeit mit relevanten Akteur*innen und Institutionen durchführen. Hierzu gehören neben dem Beirat der VHS unter anderem die Stadtbücherei, das Jobcenter, der Integrationsrat und das Weiterbildungskolleg.

Räume in öffentlichen Bildungseinrichtungen wollen wir auch außerhalb der Öffnungszeiten für Einrichtungen der Weiterbildung und des kulturellen Lebens zur Verfügung stellen und damit diejenigen Akteur*innen unterstützen, die das vielfältige und lebendige Kultur- und Weiterbildungsangebot in Münster gewährleisten.

Ob Haushaltsplanung, Steuerfragen, Altersvorsorge oder der Umgang mit Schulden – eine **gute finanzielle Bildung** ist der Schlüssel für informierte Entscheidungen und damit Baustein für mehr soziale Sicherheit. Wir wollen Workshops, Online-Kurse und Beratungsangebote für alle Alters- und Bevölkerungs-

gruppen zu den verschiedenen Fragen der Finanzbildung einführen. Hierbei setzen wir auf Kooperationen unter anderem mit Schulen, Hochschulen, der Volkshochschule, Weiterbildungseinrichtungen, der Volksbank, der Sparkasse sowie lokalen Unternehmen, Banken und Versicherungen.

Für eine vielfältige Kulturlandschaft

Die wachsende Stadt erfordert ein wachsendes **Kulturangebot** nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Stadtteilen. Wir wollen, dass Kultur in die Stadtteile hineinwirkt und wohnortnahe, lokale, niedrigschwellige Zugänge und Möglichkeiten eröffnet. Besonders im Hinblick auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund schafft **Stadtteilkultur** wertvolle Möglichkeiten für Begegnungen vor Ort. Stadtteilangebote können zudem generationsübergreifende Kommunikations- und Begegnungsanlässe schaffen. Wir wollen die ehrenamtlichen Strukturen vor Ort stärken, über die Bezirksvertretungen Projektförderungen initiieren und diese Maßnahmen durch das Kulturamt unterstützen.

Vereine bilden das stabilisierende Gerüst unserer Gesellschaft. In der Kultur flankieren

Vereine kulturelle Aktivitäten sowohl städtischer Institutionen als auch der freien Szene nahezu sämtlicher Genres. Wir werden dieses Vereinswesen weiter fördern und stärker sichtbar machen und Vereine auch bei der Gewinnung neuer Mitglieder unterstützen.

Wir wollen **kulturelle Teilhabe** vom Kindesalter an fördern. Kulturelle Angebote sollen daher leicht zugänglich sein und die Kinder und Jugendlichen durch Kooperationen mit Kunstschaffenden bereits in der Kita, der Schule und im Stadtteil erreichen.

Kulturelle Teilhabe umfasst für uns sowohl den einfachen Zugang zu kulturellen Angeboten als auch die **Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung**. An die Unterstützung bestehender Initiativen des kulturellen Kinder- und Jugendangebots knüpfen wir an und wollen ihnen ein verlässlicher Partner für die Kinder- und Jugendkultur in Münster sein.

Seit Anfang 2025 stehen die Stadtbücherei, die Volkshochschule, die Kinos, Theater und Museen im Zentrum des von uns für Jugendliche eingeführten **Kulturtickets KULTICK**. Wir wollen weitere Kultur- und Freizeitangebote in das Kulturticket aufnehmen, beispielsweise

Stadtrundfahrten, die städtischen Bäder oder den Allwetterzoo.

Die **freie Kulturszene** gehört zur kulturellen Identität der Stadt. Deshalb unterstützen wir auch in den nächsten Jahren Musiker*innen, Filmschaffende, darstellende und bildende Künstler*innen institutionell und projektbezogen durch Zuschüsse und bei ihrer Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Beispielhaft sei hier das Musikförderkonzept genannt, mit dem wir die freie Musikszene durch verbesserte Rahmenbedingungen in ihrer künstlerischen Qualität und Vielfalt fördern.

Für starke städtische Kultureinrichtungen

Die **Stadtbücherei** ist elementar für die Kultur- und Bildungslandschaft in Münster. Ihr stadtweites Angebot mit Zweigstellen werden wir personell und finanziell auskömmlich ausstatten und durch die weitere Digitalisierung zukunftsfähig machen. Die Öffnungszeiten der Stadtbücherei werden wir so gestalten, dass beispielsweise auch berufstätige Alleinerziehende mit ihren Kindern nicht vor verschlossenen Türen stehen. Auch die ergänzenden **Büchereien in kirchlicher Trägerschaft** werden wir unterstützen. Wir ver-

stehen Büchereien nicht nur als Orte zum Lesen und Ausleihen von Büchern, sondern auch als Treffpunkte und Wohlfühlorte für jedes Alter und alle sozialen Schichten. Die Vernetzung von Schulen und Kitas mit den Büchereien wollen wir ausbauen.

Musik ist in hohem Maße bildend und erfüllend und weitet den Horizont. Deshalb werden wir die **Westfälische Schule für Musik** und ihre verschiedenen Standorte stärken und weiterentwickeln. Ausdrücklich begrüßen wir das innovative Zukunftskonzept der Westfälischen Schule für Musik, das über den Auftrag zur musischen Erziehung hinaus Inklusion, kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe zu wichtigen Säulen der Arbeit erklärt. Die vier als Vereine organisierten **Musikschulen** sind bei der musischen Erziehung eine wichtige Ergänzung des städtischen Musikangebots in den Stadtteilen. Wir werden diese Musikschulen so ausstatten, dass sie auch in den nächsten Jahren erfolgreich arbeiten können.

Wir unterstützen das **städtische Theater** mit seinen fünf Sparten und werden es personell, räumlich und finanziell weiterhin so ausstatten, dass sein hohes Niveau auch in Zukunft erhalten bleibt. Wir unterstützen

Intendanz und Verwaltung in ihrem Bestreben, das Theater noch stärker in die Stadtgesellschaft zu tragen und noch mehr Menschen anzusprechen, insbesondere junge Menschen. Die Digitalisierung des Publikumsmanagements ist dabei wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Theaters.

Das **Stadtmuseum** ist ein lebendiger Ort der Stadtgeschichte mit einem wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Hier wird die Vergangenheit dokumentiert, hier werden Perspektiven für die Zukunft entwickelt. Wir werden die zur Erfüllung dieses Auftrags notwendigen finanziellen Mittel auch weiterhin bereitstellen und legen Wert auf einen kostenfreien Zugang zum Museum.

Die **Westfälische Schule für Musik** benötigt dringend angemessene und größere Räumlichkeiten und das städtische **Sinfonieorchester** hat Anspruch auf würdige Proberäume und eine Spielstätte, die seinen künstlerischen Ambitionen entspricht. Auch die **freie Musikszene** braucht Räume für die Ausübung ihrer Kunst. Wir setzen uns weiterhin für einen **Aufführungsort** ein, der den Bedürfnissen der Musiker*innen in Münster gerecht wird.

Für Breiten- und Spitzensport, für aktive Sportvereine und attraktive Sportstätten

Eine wachsende Stadt braucht gute Sportstätten und gute Sportvereine. Wir unterstützen die Sportvereine in ihrer ehrenamtlichen Arbeit und stehen für Kontinuität in der Förderung der Sportvereine und der Entwicklung der Sportstätteninfrastruktur. Die Entwicklung der Infrastruktur, auch für den Schulsport, und die Unterstützung der Vereine wollen wir nachhaltig, inklusiv-integrativ, geschlechtergerecht und sozial gestalten. Hierzu gehört für uns auch die Schaffung von Kunstrasenplätzen, die wir professionalisieren und beschleunigen werden, um die bestehenden Bedarfe im Laufe der kommenden fünf Jahre zu decken, außerdem der Abschluss und die Umsetzung der fortgeschrittenen Planungen für den Sportpark Hilstrup-Ost mit einem American Sports Center und einer Rad- und Rollstrecke, für die Sportanlage von Marathon Münster mit Sportplätzen, Kabinen und Vereinsheim sowie für den Neubau einer Mehrfachhalle und eines Großspielfelds auf der Sportanlage von Westfalia Kinderhaus. Bei der Ausstattung von Sportanlagen und Sporthallen setzen wir uns für eine flächendeckende WLAN-Abdeckung ein. Die Verga-

be- und Buchungssysteme der Sportstätten wollen wir schrittweise digitalisieren.

Wir spielen im Team des SC Preußen Münster und werden die weitere **Entwicklung des neuen Preußenstadions vorantreiben**. Das Ziel ist ein zweitligataugliches Stadion bis Ende 2027. Dabei ist uns ein ständiger Austausch mit den Gremien und den Fans wichtig. Das Stadion soll ein Treffpunkt für die Sportszene in der Stadt sein und den Stadtteil Berg Fidel aufwerten. Dazu gehören auch die **Halle Berg Fidel**, die den steigenden Anforderungen in der Zukunft gerecht werden muss, und die Unterstützung für den USC Münster und die Uni Baskets.

Attraktive **Schwimmbäder** sind ein wesentlicher Bestandteil der städtischen Sportlandschaft. Es gilt, bestehende Lücken in Münsters Bäderlandschaft zu schließen, um insbesondere den Bedürfnissen von Familien, Schulen, dem Freizeit- und Vereinssport sowie der Gesundheitsförderung gerecht zu werden. Wir finden uns nicht mit monatelangen Teil- oder Komplettschließungen von Bädern ab. Ebenfalls finden wir uns nicht damit ab, dass Münsteraner Familien in großer Zahl zum Schwimmen nach Senden, Dülmen oder Everswinkel fahren

und verfolgen daher weiterhin unser Ziel, ein **Familienbad** für Groß und Klein in Gievenbeck zu errichten. Die derzeitigen Planungen der Verwaltung sollen weitergeführt werden. Das geänderte Nutzungsverhalten von Kindern, Jugendlichen, Familien und älteren Menschen muss dabei ebenso berücksichtigt werden wie die Erfordernisse der Schwimmvereine. Die bestehenden Schwimmbäder müssen neben den Schulen und Vereinen auch verstärkt der öffentlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Die Öffnungszeiten wollen wir ausweiten, damit Kinder frühzeitig schwimmen lernen.

Sport soll auch im öffentlichen Raum sichtbar sein. Den **Sportpark Sentruper Höhe** wollen wir als zentrale öffentliche Sportanlage weiter ertüchtigen. Außerdem wollen wir weitere öffentlich zugängliche **Sportboxen** in den Stadtteilen aufstellen und öffentlich zugängliche **Outdoor-Sportanlagen** errichten, beispielsweise Generationenparks, Bolzplätze, Fitnessparcours, Padeltennisplätze, Boulebahnen und Pumptrack-Anlagen.

Verkehr

Eine gute Mobilität ist für alle Menschen wichtig. Für die, die in Münster leben. Und für die, die nach Münster kommen, weil sie hier zur Schule gehen, arbeiten, studieren, zu Besuch sind oder ihre Freizeit verbringen. Um allen eine gute Mobilität zu ermöglichen, setzen wir auf einen starken Umweltverbund – also auf öffentliche Verkehrsmittel, Radverkehr, Fußverkehr und Car-Sharing-Angebote. Dadurch verringern wir die Abhängigkeit vom Auto. Wenn mehr Menschen das Auto stehen lassen, ist mehr Platz für die Menschen, die auf das Auto angewiesen sind. So stellen wir sicher, dass niemand übersehen wird. Wir sind überzeugt: Nur so kann die Mobilitätswende für alle gelingen.

In den vergangenen Jahren haben wir entscheidende Weichen für eine zukunftsfähige und soziale Verkehrspolitik in Münster gestellt: Wir haben mit dem **Masterplan Mobilität 2035+**, dem **Fahrradnetz 2.0** und dem **integrierten Parkraumkonzept** die planerischen Grundlagen für die Verkehrswende geschaffen. Natürlich haben wir unsere Ideen auch tatkräftig umgesetzt. Mit dem **365-Euro-Abo** haben wir ein attraktives und bezahlbares Angebot geschaffen, das den

Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr erleichtert. Wir haben neue **Busspuren** eingeführt und Fortschritte bei der **Elektrifizierung der Busflotte** gemacht. Im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten zur **Reaktivierung der WLE-Strecke** zwischen Münster und Sendenhorst haben wir die Grundlagen für den Bau der Haltestellen entlang der Strecke geschaffen. Unsere Politik hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass Münster wieder auf dem Weg zur **Fahrradhauptstadt** ist: Die Einrichtung zahlreicher **Fahrradstraßen**, die Fertigstellung der **Kanalpromenade** als **Radschnellweg** sowie **hunderte neue Stellplätze für Leezen** im gesamten Stadtgebiet machen das Radfahren in unserer Stadt noch attraktiver. Durch eine verstärkte **Ordnung des ruhenden Verkehrs** haben wir dafür gesorgt, dass Barrieren für Fußgänger*innen abgebaut werden. Mit unserer Politik haben wir außerdem dazu beigetragen, dass die Altstadt noch lebenswerter wurde. So wie auf dem **Domplatz**: Wo früher Autos parkten, begegnen sich heute Menschen. Und auch die **langen Staus vor dem Arkaden-Parkhaus** in der Königstraße gehören dank unserer Initiative der Vergangenheit an.

Die folgenden Themen und Maßnahmen stehen im Zentrum

unserer Verkehrs- und Mobilitätspolitik für die kommenden Jahre.

Für einen öffentlichen Verkehr, der schnell, zuverlässig und bezahlbar ist

Der öffentliche Personennahverkehr ist die Basis einer erfolgreichen Mobilitätswende in Münster. Wir setzen uns daher für einen massiven Ausbau der Angebote im öffentlichen Verkehr ein. Mit **Metrobuslinien** verbessern wir die Erschließung des Stadtgebiets und die Anbindung der Außenstadtteile an die Innenstadt. Metrobusse dienen der zuverlässigen und schnellen Verknüpfung von besonders wichtigen Haltepunkten. Sie fahren regelmäßiger, sind schneller und bieten mehr Platz und Komfort für die Reisenden. Die erste Metrobuslinie wird Gievenbeck und die Unikliniken an den Hauptbahnhof anbinden. Darauf folgend wollen wir eine Metrobuslinie entlang der Weseler Straße sowie eine Metrobuslinie entlang der Steinfurter Straße einrichten und so die dortigen Park-and-Ride-Plätze an die Innenstadt anbinden.

Damit die Metrobuslinien zügig vorankommen, bauen wir wichtige Straßen zu **Hochleistungsachsen** für den öffentlichen Ver-

kehr aus. Mit temporären und dauerhaften Busvorrangspuren, grünen Wellen, intelligenten Ampelanlagen und Busschleusen erhalten die Busse auf diesen Achsen zukünftig Vorfahrt. Der Busverkehr bildet das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in der Stadt. Wir werden das **Busangebot** in der Stadt daher ausbauen und verbessern:

- Wir wollen das Angebot an Buslinien im Stadt- und Regionalverkehr ausweiten und den Fahrplantakt auf den wichtigsten Verbindungen in der Stadt erhöhen. Dabei beachten wir auch die Anbindung und Erschließung der bestehenden und zukünftigen Wohngebiete.
- Das Nachtbusnetz wollen wir weiterentwickeln. Neue Taxibuslinien sorgen für eine möglichst flächendeckende Abdeckung und Erschließung des gesamten Stadtgebiets.
- Die Erfahrungen aus LOOP wollen wir zur Weiterentwicklung von ergänzenden flexiblen Bedarfsangeboten („On-Demand-Systeme“) nutzen. Den Fokus legen wir dabei auf die Schließung von Angebotslücken zwischen einzelnen Knotenpunkten.

- Wir wollen umsteigefreie Angebote für Schüler*innen und Azubis ausbauen, damit diese schneller zur Schule und zum Arbeitsplatz kommen.
- Die entsprechenden Ziele zur Verbesserung des Busangebots werden unter Berücksichtigung der bestehenden Planungsgrundlagen im vierten Nahverkehrsplan verankert. Sie bilden die Grundlage für den öffentlichen Dienstleistungsauftrag mit den Stadtwerken.

Die Bushaltestellen am Hauptbahnhof, am Neutor / Schlossplatz sowie am Ludgeriplatz werden wir als Umsteigedreieck zu **zentralen Knotenpunkten** für den öffentlichen Verkehr mit Anschlüssen in alle Richtungen weiterentwickeln. Die Westseite des Hauptbahnhofs (Berliner Platz) wollen wir dabei zu einem echten Busbahnhof umbauen mit deutlich kürzeren Wegen und schnelleren Umsteigemöglichkeiten.

Den Ausbau von **Knotenpunkten und Haltestellen** des öffentlichen Verkehrs treiben wir nach den Vorgaben des Mobilstationskonzepts voran. Die Mobilstationen dienen der Verknüpfung und Bündelung der verschiedenen Verkehrsmittel

und Mobilitätsangebote. Beim Ausbau unterscheiden wir zwischen stadtreionalen Knotenpunkten, städtischen Knotenpunkten und ergänzenden Haltestellen. Alle Mobilstationen sollen barrierefrei umgebaut werden und Unterstellmöglichkeiten sowie Echtzeitanzeigen bereitstellen. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck für die nach wie vor nicht umgesetzte Barrierefreiheit an den Bahnhofpunkten in Albachten, Amelsbüren und Sprakel einsetzen.

Wir bekennen uns zum Konzept der **S-Bahn Münsterland** als Grundlage für die langfristige Entwicklung des **Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)** in der Region. Hierzu gehört für uns auch eine engere Taktung der Linien, die die Stadt mit dem Münsterland verbinden. Die Pläne für ein Nordkreuz und ein Südkreuz in Münster befürworten wir im Grundsatz, sehen aber noch umfassenden Abstimmungsbedarf, vor allem mit der Deutschen Bahn.

Wir wollen die Reaktivierung der **Strecke der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE)** zwischen Münster und Sendenhorst vorantreiben und beschleunigen. Dazu gehört vor allem auch der Bau der Haltestellen entlang der Strecke.

Eine besondere Bedeutung kommt den **zentralen Mobilstationen in den Außenstadtteilen** zu. Durch ihren Ausbau schaffen wir die Grundlage für einen möglichst reibungslosen Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln und tragen damit zur Reduzierung von Pendlerverkehren bei. Um die Pendlerverkehre jenseits der Stadtgrenze zu berücksichtigen, werden wir auch im Münsterland für den Ausbau und die Aufwertung der dortigen Bahnhöfe und zentralen Knotenpunkte werben.

Wir werden das **Ticketsystem in Münster** weiterentwickeln. Wichtig ist für uns, dass der Preis für das neu eingeführte Ticket bei etwa 1 Euro pro Tag bleibt und wir attraktive Tickets auch für Schüler*innen erhalten können. Die Einführung von zeit- und auslastungsabhängigen Tickets wollen wir prüfen. So könnte das Einzelticket zwischen 9 und 16 Uhr oder nach 20 Uhr deutlich günstiger sein als zu den Kernzeiten. Dadurch würden wir die Auslastung der Busse zu Neben- und Randzeiten erhöhen und zu Hauptverkehrszeiten reduzieren.

In den nächsten Jahren wollen wir das **regionale Ticketsystem in Westfalen** deutlich vereinfachen. Im Ruhrgebiet wurde der Tarifdschungel zum März 2025

bereits beseitigt. Das Rheinland bereitet Vereinfachungen für 2026 vor. In Abstimmung mit den anderen Kommunen und Landkreisen in der Region wollen wir auch das Angebot für Westfalen übersichtlicher gestalten. Zukünftige Preisanpassungen müssen mit einer Reform des Ticketsystems und Verbesserung des Angebots verbunden werden.

An die Erfolge bei der **Elektrifizierung der Busflotte** wollen wir anknüpfen und diese in der kommenden Wahlperiode abschließen.

Eine große Herausforderung besteht in der Verfügbarkeit von **Busfahrer*innen**. Daher ist es wichtig, dass der Beruf der Busfahrer*innen attraktiver wird. Wir werden sicherstellen, dass Maßnahmen zur Aufwertung des Berufs und zur Ausbildung neuer Busfahrer*innen umgesetzt werden.

In der Altstadt fahren bislang viele große Busse. Häufig gibt es Konflikte zwischen Bussen, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Wir wollen in der Altstadt den **Einsatz von fahrplanunabhängigen Buslinien** erproben („On-Demand“). Langfristig wollen wir auch die Chancen zum **Einsatz von neuen Technologien** nutzen.

So könnten autonom fahrende Kleinbusse zur Erschließung der Altstadt genutzt werden. Entsprechende Pilotmaßnahmen wollen wir nach der Neugestaltung des Domplatzes durchführen. Perspektivisch wollen wir weitere Potentiale vollautonomer Systeme für den straßengebundenen ÖPNV dort nutzen, wo hierdurch Erhöhungen der Taktfrequenz, eine Linderung des Fachkräftemangels und Verbesserungen der Barrierefreiheit erreicht werden können.

Für einen stadt- und quartiersverträglichen Autoverkehr

Eine attraktive Innenstadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität bildet die Grundvoraussetzung für eine lebenswerte Stadt und einen starken Einzelhandel. Den eingeschlagenen Weg zur **Reduzierung des Autoverkehrs in der Innenstadt** werden wir weiterverfolgen. Denn nach wie vor gilt: Wenn mehr Menschen das Auto stehen lassen, bleibt mehr Platz für die Menschen, die auf das Auto angewiesen sind.

Wir werden weitere Stellplätze für **Car-Sharing-Angebote** ausweisen. Bei der Erweiterung der Flotte sollte der Fokus auf Elektroautos liegen. Das **Netz der La-**

desäulen für Elektroautos werden wir weiter ausbauen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das **Parken im Straßenraum in der Altstadt** den Anwohner*innen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Handwerker*innen vorbehalten bleibt. Durchgangs- und Suchverkehre sollen so weit wie möglich unterbunden werden. Wir werden hierzu den etablierten Austausch mit den relevanten Akteuren in der Innenstadt fortführen.

Den **Parkraum in den innenstadtnahen Vierteln** werden wir konsequent bepreisen. Hierbei werden wir die Vorgaben des integrierten Parkraumkonzepts umsetzen und die Parkzonen für Anwohner*innen entsprechend erweitern, beispielsweise im Kreuzviertel.

Die **Angebote in städtischen Parkhäusern** wollen wir verbessern, so dass mehr Anwohner*innen ihren Privat-Pkw dort abstellen. Hierzu gehören für uns eine attraktive Preisgestaltung, flexible Öffnungszeiten, schnell erreichbare Parkplätze, die Verfügbarkeit von Ladesäulen, Barrierefreiheit und Beleuchtung. Gleichzeitig müssen die Parkhäuser auch weiterhin für Kurzzeitparkvorgänge genutzt

werden können. Wo große Parkplätze existieren, beispielsweise an Supermärkten, soll geprüft werden, wie diese abends und nachts für Anwohner*innen geöffnet werden können.

Die **Parkgebühren in den städtischen Parkhäusern** werden wir so anpassen, dass sie je nach Standort, Auslastung und Tageszeit variieren. Dadurch steuern wir das Nutzerverhalten und reduzieren das Verkehrsaufkommen. Mit vergünstigten Bustickets zu Randzeiten schaffen wir einen weiteren Anreiz zum Umstieg.

Wir wollen die **Hammer Straße** zu einer Hochleistungsachse für den Rad- und Busverkehr weiterentwickeln. Dazu gehören für uns auch Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Auf den großen Einfallstraßen wollen wir zudem **Ladezonen** zur Belieferung von Gastronom*innen und Einzelhändler*innen einrichten, insbesondere auf der Warendorfer Straße, der Wolbecker Straße und der Hammer Straße.

Die begonnenen Maßnahmen zur verkehrlichen **Umgestaltung in Wolbeck** werden wir auswerten, umsetzen und anschließend auf andere Außenstadtteile übertragen.

Wir setzen uns in Angelnmodde für den **Ausbau des Albersloher Weges** ein, um die Verbindungsqualität zwischen der Innenstadt und Angelnmodde, Gremmendorf, Wolbeck sowie Hilstrup-Ost zu verbessern. Dabei legen wir besonderen Wert auf eine sichere und komfortable Radverkehrsführung: Entlang der gesamten Strecke muss beidseitig ein durchgehender Rad- und Fußweg entstehen. Um den ÖPNV in diesem Bereich zu stärken, wollen wir verschiedene Mittel zur Busbeschleunigung nutzen und sinnvoll kombinieren. Um auch im weiteren Verlauf des Albersloher Weges den Busverkehr zu beschleunigen und gleichzeitig dem hohen Pkw-Aufkommen Rechnung zu tragen, wollen wir prüfen lassen, inwiefern entlang der Strecke **separate und auslastungs- bzw. tageszeitabhängig freigegebene Busspuren** geschaffen und kombiniert werden können.

Die Pläne zum **Ausbau der B 51** zwischen Münster und Telgte lehnen wir ab. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Planungen angepasst und in ihrem Umfang deutlich reduziert werden. Darüber hinaus setzen wir uns für einen zügigen Ausbau und bessere Taktung der **Bahnverbindung zwischen Münster über Telgte nach Warendorf** so-

wie für neue Bahnhaltepunkte im Osten der Stadt ein.

Die Rieselfelder sind ein bedeutendes und unbedingt erhaltenswertes Natur- und Vogelschutzgebiet sowie Ausflugsziel und Naherholungsgebiet. Daher stehen wir zur **Verkehrsberuhigung in den Rieselfeldern** und werden sie weiterentwickeln.

Für die Fahrradhauptstadt, damit aus Anspruch Wirklichkeit wird

Das Fahrradnetz 2.0 ist ein zentraler Baustein des Masterplans Mobilität 2035+. Es bildet die Grundlage für den weiteren Neu- und Ausbau von **Velo-, Haupt- und Basisrouten**. Mit der Umsetzung der vorrangigen Vorhaben, die 2024 vereinbart wurden, werden wir einen großen Schritt in Richtung einer flächendeckend attraktiven Radverkehrsinfrastruktur gehen.

Fahrradfahrer*innen sollen in Münster zügig, sicher und auf möglichst direktem Wege von A nach B kommen. An vielen Stellen machen schmale Radwege, Wurzelschäden oder parkende Autos das Radfahren auf Radwegen jedoch gefährlich. Daher wollen wir die **Anordnungen zur Benutzung von Radwegen** vor allem in den

Wohnquartieren schrittweise aufheben, beispielsweise in der Maximilianstraße im Kreuzviertel, und damit die Abschaffung der Radwegebenutzungspflicht endlich in der Praxis umsetzen. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Schutzstreifen für Fahrradfahrer*innen errichten. Wo der Platz für Schutzstreifen fehlt, wollen wir Maßnahmen zur schnellen Verbesserung der Sicherheit umsetzen. Wo Straßen zu eng sind, um Radfahrer*innen mit dem erforderlichen Abstand zu überholen, werden wir uns für ein generelles Überholverbot von Fahrrädern und anderen einspurigen Fahrzeugen einsetzen. Dabei orientieren wir uns an den Verboten, wie sie für die Schillerstraße und die Manfred-von-Richtthofen-Straße umgesetzt wurden.

Wo Fahrradstraßen und andere wichtige Verkehrswege für Radfahrer*innen (z. B. Promenade, Schillerstraße, Bismarckallee) auf Hauptverkehrsstraßen mit vielen Autos treffen (z. B. der zweite Tangentenring), müssen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen besonders geschützt werden. Wir werden diese **Kreuzungsbereiche** umbauen und so das Unfallrisiko für alle Verkehrsteilnehmer*innen reduzieren. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für die Umset-

zung von knotenspezifischen ad-hoc-Maßnahmen ein, beispielsweise an der Kreuzung Kardinal-von-Galen-Ring / Hüfnerstraße / Waldeyerstraße. An geeigneten Kreuzungen werden wir zur Reduzierung von Wartezeiten und damit zur Beschleunigung des Radverkehrs zudem verstärkt den Grünpfeil für Radfahrer*innen einsetzen. Außerdem wollen wir Anzeigetafeln mit Sekundenangaben einführen und dabei auf die Erfahrungen aus dem Projekt Leezenflow zurückgreifen.

An vielen Stellen behindern **verlassene Fahrräder** Fußgänger*innen oder versperren Einfahrten und sogar Rettungswege. Solche Leezen wollen wir konsequent abräumen. Ebenso wollen wir das widerrechtliche **Parken von Autos auf Geh- und Radwegen** konsequent ahnden.

Eine niedrigere Durchschnittsgeschwindigkeit führt zu einer Verbesserung der Luftqualität und weniger Lärm, vor allem aber zu weniger Unfällen im Straßenverkehr. Auch die Schwere der Unfälle nimmt ab. Durch die Anpassung der Straßenverkehrsordnung auf Bundesebene haben Kommunen zusätzliche Spielräume bei der Anordnung von **Tempo 30** erhalten. Wir setzen uns dafür ein,

dass diese Spielräume konsequent genutzt werden.

Für einen sicheren, schnellen und barrierefreien Fußverkehr

Wir werden den Fußverkehr als zentralen Bestandteil der täglichen Mobilität verstärkt in den Blick nehmen und Gehwege nach dem Vorbild der Niederlande ausbauen und sicher gestalten. Ein **stadtweites Fußverkehrskonzept** soll die Grundlage bilden, damit zentrale Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung für Fußgänger*innen identifiziert und umgesetzt werden. Das Fußverkehrskonzept soll sich dabei am Leitbild der 15-Minuten-Stadt orientieren. Demnach sollen Menschen alle wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens idealerweise innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder zumindest mit dem Rad erreichen – egal ob Arbeit, Einkauf, Freizeit, Gesundheit oder Bildung.

Kreuzungsbereiche von Fußwegen und Autostraßen stellen besondere Herausforderungen für Fußgänger*innen dar. Dies betrifft vor allem alte, mobilitätseingeschränkte und Menschen mit Behinderungen, aber auch Eltern mit Kinderwagen und Kleinkinder. Für uns ist es daher zentral, dass **Kreuzungsbereiche** frei von Hindernissen gehalten und barrierefrei gestaltet

werden. Bordsteinabsenkungen, Aufpflasterungen, Gehwegnasen, Mittelinseln und separate Ampelphasen – also ohne kreuzende Autos – erhöhen die Sicherheit und Attraktivität für alle Fußgänger*innen.

Wir werden einen besonderen Fokus auf die Bedürfnisse von Kindern legen, damit sie sicher zur Schule und wieder nach Hause gehen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Verwaltung, Schulen, Polizei, Eltern, Kinder und Jugendliche gemeinsam schulspezifische **Pläne für sichere Schulwege** entwickeln und zur Anwendung bringen. Wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit werden wir zeitnah umsetzen. Hierzu gehören Elternhaltestellen und, sofern nötig, auch die Sperrung von Straßen für Autos im Schulumfeld vor Schulbeginn und nach Schulschluss. Hierbei wollen wir auf Erfahrungen von Pilotprojekten aus anderen Städten wie Bonn, Essen oder Köln zurückgreifen und von diesen lernen.

Für ein besseres Baustellenmanagement

Wir fordern von der Verwaltung konkrete Maßnahmen zur **Verbesserung des Baustellenmanagements**. Bereits heute verbringen viele Menschen in

Münster viel Zeit im Stau. Diese Staus sind jedoch nicht Folge der Mobilitätswende. Sie entstehen vielmehr, weil die Infrastruktur zu lange vernachlässigt wurde und viele Arbeiten nachgeholt werden müssen. Einige Baustellen haben sich dabei zu Dauerbaustellen entwickelt. Dieser Missstand muss beseitigt werden. Da die aufgeführten Maßnahmen zwangsläufig zu noch mehr Baustellen führen werden, besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Für einen zukunftsfähigen Flughafen Münster/Osnabrück

Die wirtschaftliche Entwicklung am **Flughafen Münster/Osnabrück (FMO)** ist in den letzten Jahren erfreulich. Auch für die Zukunft halten wir an dem Grundsatz fest, dass der Flughafen ohne kommunale Subventionen auskommen muss. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anbindung an den öffentlichen Verkehr verbessert wird und rund um den Flughafen weitere Unternehmen angesiedelt werden. Außerdem unterstützen wir den Flughafen in seinen Bemühungen, seine Treibhausgasemissionen zu reduzieren, beispielsweise durch den Einsatz von Elektrobussen zum Passagiertransport und durch den Ausbau von Photovoltaikanlagen. Kurzstreckenflüge sollen

möglichst reduziert und durch bessere Zugverbindungen zu den wichtigen nationalen und internationalen Drehkreuzen ersetzt werden.

Soziale Stadt

Die Förderung des sozialen Zusammenhalts gehört zum Kern sozialdemokratischer Politik. Eine Politik, die auf den sozialen Ausgleich zielt, führt zu mehr Gerechtigkeit und beugt sozialen Spannungen vor. Auch in Münster wächst die Schere zwischen Arm und Reich. Die Anzahl der Menschen, denen es nicht gut geht, steigt. Wir wollen daher mehr soziale Gerechtigkeit in Münster, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und die Teilhabe sowie Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern.

In den vergangenen Jahren haben wir bereits wichtige Fortschritte erzielt: Wir haben uns konsequent für die **Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum** in neuen Quartieren eingesetzt. In Kinderhaus-Moldrickx haben wir **altengerechtes Wohnen** gefördert. Wir haben **Mieter*innen unterstützt**, deren Vermieter*innen sich nicht um ihre Wohnungen kümmern. Durch unseren langjährigen Einsatz konnten wir erreichen, dass das **Stadtteilhaus in Coerde** mit Bundesmitteln finanziert wird. Mit der **Neugestaltung des Bremer Platzes** haben wir dafür gesorgt, dass er erstmals auch von den

Schüler*innen der angrenzenden Montessori-Schule genutzt werden kann. Wir haben uns für die Belange der Menschen mit Drogenabhängigkeit eingesetzt, die sich auf dem Bremer Platz aufhalten, und die **Zusammenarbeit zwischen kommunalem Ordnungsdienst und dem Quartiersmanagement** rund um den Bahnhof gestärkt, um dort die Sicherheit und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Wir haben zudem die Raumsituation des **Drogenhilfezentrums INDRO** verbessert. Wir haben **Beratungs-, Selbsthilfe- und Angebote** zu unterschiedlichen Problemlagen ebenso gefördert wie die ambulante und stationäre **Hospizarbeit** sowie das **Palliativnetzwerk**. Wir haben diverse Vereine und Initiativen finanziell unterstützt, die sich für die **Integration** von zugewanderten und geflüchteten Menschen einsetzen, beispielsweise den Integrationsrat. Die Finanzierung des **Notfallfonds für Menschen ohne Krankenversicherung** konnten wir sichern. Gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen haben wir die Entwicklung eines gesamtstädtischen Konzepts zur **Neuausrichtung der Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen** auf den Weg gebracht. Wir haben eine Hygienebox für **Sexarbeiter*innen** errichtet, die auf der Straße arbeiten, und

damit Verbesserungen des Arbeitsumfelds erreicht.

In den kommenden Jahren werden die folgenden Themenschwerpunkte und Maßnahmen im Zentrum unserer Sozialpolitik stehen.

Für eine diverse Stadt und eine hohe Lebensqualität bis ins Alter

Ob Studentin oder Rentner, reich oder arm, mit oder ohne Migrationsvorgeschichte, kinderlos, alleinerziehend, mit oder ohne Familie – wir setzen uns für **sozial durchmischte Quartiere** ein, in denen alle Menschen ein Zuhause finden. Quartierszentren als Orte der Begegnung, für Veranstaltungen und Beteiligung am gesellschaftlichen Leben sind für uns ebenso wichtig wie Spiel- und Treffpunkte im Freien, beispielsweise Boulebahnen, Bewegungsparcours oder Sitzmöglichkeiten ohne Konsumzwang. **Mehrgenerationenhäuser** sehen wir als geeignete kleinräumige Lösungen, die die verschiedenen Aspekte gemeinschaftlichen Zusammenlebens zusammenbringen. Wir werden die Errichtung von Mehrgenerationenhäusern daher auch weiterhin unterstützen.

Ein wichtiger Baustein einer lebenswerten Stadt betrifft die **Erreichbarkeit aller wichtigen Einrichtungen** des täglichen Lebens, idealerweise zu Fuß – egal ob Geschäfte der Grundversorgung, Apotheken, Arztpraxen, Büchereien oder Cafés. Quartiers- und Begegnungszentren in allen Stadtteilen sowie wohnortnahe Beratungsstellen für Fragen rund um das Leben im Alter spielen dabei eine besondere Rolle für Senior*innen.

Mit der Alterung der Gesellschaft gehen Chancen und Herausforderungen einher. Deswegen ist es wichtig, dass wir unsere Stadt so gestalten, dass sie ein **aktives und selbstständiges Leben bis ins hohe Alter** ermöglicht. Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in einer eigenen Wohnung selbstständig leben können und setzen diesbezüglich auf Prävention. Viel mehr Wohnungen müssen altengerecht gebaut und barrierefrei saniert werden. Wir wollen Wohnungstausch attraktiver gestalten. Der Umzug in eine Pflegeeinrichtung soll durch das Angebot notwendiger Hilfen im Quartier so lange wie möglich vermieden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt als **altersfreundliche Stadt** gestaltet wird („age-friendly city“) und Senior*innen nicht als homogene Gruppe,

sondern in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit anerkannt und wertgeschätzt werden.

Von häuslicher Pflege über betreute Wohnangebote bis zur intensivpflegerischen Betreuung – im Bereich der Pflege setzen wir in erster Linie auf **Pflegeheim und Pflegedienstleistungen**, die von gemeinnützigen Anbietern aus dem Bereich der Wohlfahrt getragen werden. Wir wollen diese Anbieter bevorzugt behandeln, beispielsweise bei dem Erwerb von Grundstücken. Spezielle Bedürfnisse, beispielsweise von Menschen mit Behinderungen oder Demenzerkrankungen, müssen bei allen Angeboten besonders berücksichtigt werden.

Das Berufsfeld der Altenpflege muss attraktiver werden, damit sich mehr Menschen für Pflegeberufe entscheiden. Das **Bündnis „Starke Pflege“** leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir wollen es daher stärken.

Um Pflegekräften attraktive Rahmenbedingungen zu bieten, ist die **Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum** unerlässlich. Dies betrifft sowohl Wohnungen für Pflegekräfte, die aus dem Ausland nach Münster kommen, als auch Wohnraum für Auszubildende in Pflegeberufen.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist für uns ein zentrales Thema. Daher haben wir ihm ein eigenes Kapitel gewidmet. Dort findest du weitere konkrete Vorschläge zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Bestehende **Informationsangebote und Veranstaltungen** zu Fragen des Lebens im Alter und der Pflege wollen wir erhalten und weiterentwickeln, beispielsweise den Pflegenavigator, die Tagungsreihe „Älter werden in Münster“ oder die Konferenz „Alter und Pflege“. Hierzu gehört für uns, dass die Maßnahmen regelmäßig evaluiert und auf Grundlage der Evaluation Konsequenzen für die Weiterentwicklung gezogen werden. Der Gesundheitsprävention kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Bei der Weiterentwicklung der Angebote und Veranstaltungen müssen die Bedürfnisse verschiedener Zielgruppen in den Blick genommen werden, beispielsweise von Migrant*innen für eine kultursensible Altenpflege. Außerdem sollten die Betroffenen und künftig zu Pflegenden im Rahmen von Beteiligungsprozessen direkt in die Weiterentwicklung der Angebote eingebunden werden.

Auf der Grundlage des Sozialmonitorings der Stadt Münster wollen wir **offene interkulturel-**

le Treffs, Sozialberatung und Nachbarschaftshilfen in den Quartieren mit den höchsten Bedarfen prioritär vorhalten, insbesondere in Berg Fidel, Coerde, Kinderhaus und Gremmendorf. Hierbei ist die Partizipation der Menschen vor Ort von besonderer Bedeutung.

Immer mehr Menschen, vor allem ältere Menschen, leiden unter **Einsamkeit**. Wir wollen Angebote schaffen, die gewährleisten, dass jeder Mensch am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen kann, bestenfalls wohnortnah im eigenen Quartier. Wir wollen weitere **Stadtteiltreffpunkte** schaffen, in denen Kurse angeboten werden, in denen man ehrenamtlich tätig werden kann, die ein Café oder einen Mittagstisch anbieten. Wir unterstützen die Kommunale Seniorenvertretung als wichtige Selbstvertretung älterer Menschen, etwa durch ihre Beteiligung in relevanten Gremien.

Für eine gute Gesundheitsversorgung für alle

Wir wollen Angebote für junge Familien wie die **Babylots*innen, Familienhebammen und „Frühe Hilfe“** fortführen und stärken. Diese Angebote unterstützen und begleiten Familien während der Schwangerschaft,

nach der Geburt und in der frühkindlichen Entwicklung.

*Ob Angebote zur Schwangerschaftskonfliktberatung, die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen oder die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Unterschieden in der medizinischen Versorgung – **Frauengesundheit** ist für die SPD Münster ein zentrales Thema. Daher haben wir ihm in unserem Kapitel „Frauenpolitik“ ein eigenes Unterkapitel gewidmet. Dort findest du weitere Vorschläge zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Frauen.*

Das geplante neue Stadtteilhaus in Coerde mit dem **Kinder- und Jugendgesundheitszentrum Coerde** wird Familien einen niedrigschwelligen Zugang und Informationen zu einer Vielzahl von Angeboten bieten. Die Grundidee dieses Zentrums wollen wir auf andere Stadtteile übertragen. Wir werden die Stadtverwaltung beauftragen, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung darf nicht von den individuellen finanziellen Mitteln abhängen. Wir setzen uns daher für eine ausreichende Ausstattung des **Notfallfonds für Menschen ohne Kranken-**

versicherung und den Erhalt der **Clearingstelle „Klar für Gesundheit“** ein. Die Clearingstelle ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen mit unklarem Versicherungsstatus oder ohne Papiere. Ergänzend wollen wir **niedrigschwellige und aufsuchende Angebote** in besonders betroffenen Stadtteilen einführen. Um die aktiven Dolmetscher zu entlasten, setzen wir uns zudem dafür ein, den verstärkten **Einsatz von künstlicher Intelligenz** zu erproben.

Menschen mit psychischen Erkrankungen begegnen noch immer vielen Vorurteilen. Wir werden uns für daher für die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen einsetzen. Dies beginnt damit, dass wir mehr Transparenz über die verfügbaren Angebote zur **psychischen Gesundheitsversorgung** und Prävention herstellen werden – gerade auch im Hinblick auf Angebote für Familien mit psychisch kranken Kindern oder Eltern. Der „Wegweiser für Menschen mit psychischen Erkrankungen“ des Kreises Warendorf gibt einen umfassenden Überblick über Hilfsangebote – von Beratungsstellen über stationäre und ambulante Versorgung bis zu Betreuungsangeboten. Ein ähnliches Dokument wollen wir auch für Münster erstellen.

Wir wollen gemeinsam mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) die vorhandenen **Betreuungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen** ausbauen. Hierzu gehören unter anderem die Angebote des betreuten Wohnens, niedrigschwellige Angebote zur Tagesunterstützung und zur Teilhabe am Arbeitsleben. Sofern möglich, wollen wir auch die Versorgung psychisch kranker Menschen zuhause („Home Treatment“) ermöglichen.

Suchterkrankungen werden häufig auf gesellschaftliche Randgruppen reduziert. Dabei sind Drogen-, Tabletten- und Alkoholsucht tief in der Mitte der Gesellschaft verankert. Aufklärungskampagnen und niedrigschwellige Angebote wie die Anonymen Alkoholiker oder das Café Trockendock werden wir weiterhin unterstützen.

Das **Drogenhilfzentrum INDRO** leistet wichtige Arbeit in der Betreuung von Menschen mit Suchterkrankungen. Wir wollen INDRO erhalten und die Raumsituation schnellstmöglich verbessern. Die Bemühungen der Verwaltung werden wir auch weiterhin unterstützen. Darüber hinaus werden wir uns für einen besseren **Schutz von Abhängigen** einsetzen, beispielsweise durch die Förderung von aufsu-

chenden Angeboten, erweiterte Spritzenausgaben sowie chemische Analysen zur Drogenprüfung („Drug-Checking“).

Angebote zur **Selbsthilfe**, die auf dem Ansatz „Betroffene beraten Betroffene“ („Peer-to-Peer“) basieren, bilden einen wichtigen Baustein der Gesundheitsversorgung. Solche Angebote werden wir daher auch weiterhin unterstützen.

Wir haben eine hohe Wertschätzung für die Begleitung sterbender Menschen, wie sie beispielsweise durch das **Palliativnetz Münster** und in den stationären **Hospizen** geleistet wird. Die städtisch geförderte **ambulante aufsuchende Hospizbewegung** werden wir auch weiterhin finanziell unterstützen.

Mit dem Klimawandel geht eine Zunahme an Extremwetterereignissen einher. Hierzu gehören auch Hitzewellen. Den **Hitzeaktionsplan** der Stadt wollen wir daher weiterentwickeln und an neue Gegebenheiten anpassen. Wir wollen **Trinkbrunnen** aufstellen, die an verschiedenen Orten in der Innenstadt und in den Außenstadtteilen kostenlos Trinkwasser bereitstellen. Außerdem wollen wir gezielt **kühle und ruhige Orte** schaffen und erhalten, an denen Menschen barrierefrei und ohne Konsumzwang verweilen können.

Gemeinsam mit der Verwaltung wollen wir prüfen, wie der **öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD)** attraktiver gestaltet und gestärkt werden kann. Das **Gesundheitsamt** wollen wir digitaler aufstellen und darauf hinwirken, dass die Auswirkungen von Maßnahmen auf die Gesundheit der Menschen stärker mitgedacht wird. Hierfür kann unter anderem der Austausch mit anderen Städten intensiviert werden, beispielsweise im **Netzwerk „Gesunde Städte“**. Etablierte Vorhaben wie das Projekt **„Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“** wollen wir weiterverfolgen. Zur Verbesserung der Datengrundlage wollen wir außerdem ein **Gesundheitsmonitoring** einführen, über dessen Ergebnisse regelmäßig berichtet wird.

Wir werden den **Schutz für Sexarbeiter*innen** und ihre Gesundheit weiter ausbauen. Dies erreichen wir durch eine Förderung der bereits bestehenden aufsuchenden Sozialarbeit und von weiteren Projekten, die sich an diese Zielgruppe richten.

Für eine offene und gleichberechtigte Stadtgesellschaft

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit sind für uns zentrale Aufgaben, damit Menschen unabhängig von ihrer

geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung teilhaben können, geschützt sind und sich sicher fühlen können – im sozialen Miteinander, im öffentlichen Raum, im Sport und im Arbeitsleben. Wir werden den aktuellen **Aktionsplan der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern** in Münster umsetzen. Damit werden wir Münster als eine bunte und diverse Stadt absichern, Vielfalt sichtbarer machen, Rollenstereotypen aufbrechen und gendersensible Integration ermöglichen.

Auf der Basis des städtischen Aktionsplan LSBTIQ* (lesbisch, schwul, bi, trans*, inter*, queer) werden wir die **Beratungsstellen im Bereich Transgender** auch in Zukunft unterstützen und die Beratungsqualität sowie die Treffmöglichkeiten absichern. Das Männernetzwerk Münster unterstützen wir ebenso wie Präventionsmaßnahmen zum Abbau gegen Gewalt gegen Frauen, Männer und die LSBTIQ*-Community.

Für eine barrierefreie Stadt, die Teilhabe für alle ermöglicht

Ob Menschen mit Behinderungen, vorübergehenden oder dauerhaften Einschränkungen, Menschen mit Kinderwagen oder Senior*innen – für viele

Menschen ist eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht ohne Einschränkungen möglich. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle politischen Maßnahmen daran orientieren, eine **niedrigschwellige, möglichst barrierefreie Teilhabe** für alle zu ermöglichen.

Barrierefreiheit bedeutet für uns, dass Informationen und Angebote so gestaltet werden müssen, dass sie über zwei verschiedene Sinneskanäle wahrgenommen werden können, also Sehen und Tasten oder Sehen und Hören oder Hören und Tasten.

Wir wollen, dass der **öffentliche Verkehr** in der ganzen Stadt barrierefrei ausgebaut wird. Dazu gehören beispielsweise barrierefreie Bushaltestellen und Busse mit Rollstuhlrampen, Signaltönen an Türen, Monitore, die auch für Menschen zu lesen sind, die entgegen der Fahrtrichtung sitzen, oder ausreichende Umsteigzeiten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass **Straßenübergänge und Kreuzungsbereiche** regelmäßig auf Barrierefreiheit überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Dazu gehört beispielsweise, dass Audiosignale für Hörgeschädigte an Ampeln

funktionieren oder Ampelmasten von Fahrrädern und E-Scootern freigehalten werden. Kampagnen und gut lesbare Hinweise an Ampelanlagen können dazu beitragen, die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam zu machen.

Wir wollen den **Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen** erhalten. Das Angebot der **Volks-hochschule** an Kursen in Gebärdensprache wollen wir ausbauen.

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen mehr Möglichkeiten für **sportliche und Freizeitaktivitäten** erhalten. Hierzu wollen wir auch inklusive Sportgruppen fördern, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam aktiv sind. Die Sportboxen der Stadt sollen mit Geräten für Menschen mit und ohne Behinderungen nachgerüstet werden. Spielplätze sollen kontrastreich gestaltet werden, barrierearm für Eltern und Kinder zugänglich sein, und auch barrierefreie Spielgeräte bereitstellen.

Viele **Cafés und Restaurants** sind nicht barrierefrei gestaltet. Im Dialog mit den Gastronom*innen und Menschen mit Behinderung wollen wir die Zugänglichkeit in der Gastronomie verbessern. Um Kneipen und Clubs ebenfalls zugänglicher zu gestalten, wollen wir hier-

bei auch die Nachtbürgermeister*innen einbinden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass neue **öffentliche Toiletten** direkt barrierefrei und behindertengerecht geplant werden. Vorhandene öffentliche Toiletten sollen behindertengerecht ausgebaut werden, beispielsweise am Schlossplatz.

Die Stadtverwaltung muss bei der **Barrierefreiheit von städtischen Räumlichkeiten und Veranstaltungen** mit gutem Beispiel vorangehen. Dies umfasst unter anderem barrierefreie Raumpläne im Eingangsbereich und im Internet, die Bereitstellung von Übersetzung in Gebärdensprache bei städtischen Veranstaltungen und einen Pool an Gegenständen, die zur Durchführung von barrierefreien Veranstaltungen ausgeliehen werden können, beispielsweise ein mobiles Blindenleitsystem.

Auch **städtische Veröffentlichungen und Angebote zur Informationsbereitstellung** sollen langfristig barrierefrei werden und in leichter Sprache zur Verfügung stehen. Dazu gehören unter anderem die Homepages der Stadt, Broschüren, Formulare, die Münster App und Ratsvorlagen. Beginnen wollen wir mit den wichtigsten Veröffentlichungen und Angeboten sowie Zu-

sammenfassungen von Ratsbeschlüssen. Ausgewählte Videos sollen in einer Version mit Gebärdendolmetschenden produziert werden. Bilder sollen über eine maschinenlesbare Bildbeschreibung verfügen. Insgesamt wollen wir darauf hinwirken, dass Grundsätze der verständlichen Sprache verstärkt beachtet werden.

Menschen mit Behinderungen wissen am besten, in welchen Bereich Hürden bestehen und wie der Zustand verbessert werden kann. Daher wollen wir eine **Meldestelle für Barrierefreiheit** einrichten, über die entsprechende Defizite an die Stadtverwaltung gemeldet werden können. Wir werden prüfen lassen, ob es möglich ist, eine solche Funktion in der Münster-App anzubieten.

Die **Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB)** wollen wir weiter unterstützen. Wir betrachten die KIB als wichtige Impulsgeberin. Ihre Stellungnahmen und Anregungen werden bei uns auch weiterhin ein hohes Gewicht haben.

Für eine Stadt, in der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft eine Heimat finden

Das **Migrationsleitbild 2025-2030** beschreibt zentrale Hand-

lungsfelder als Orientierung für die Münsteraner Stadtgesellschaft und interkulturelle Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Wir wollen dazu beitragen, die gemeinschaftlich entwickelten Ziele abzusichern. Wo nötig, werden wir über das Integrationsmonitoring passgenau nachjustieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass in der Stadtverwaltung ein **Internationales Willkommenszentrum** als zentrale Kontaktstelle für ausländische Neuankömmlinge eingerichtet wird („International Welcome Desk“). Über diese Stelle sollen Informationen zur Arbeitsmarktintegration bereitgestellt und Verwaltungsleistungen sowie die dazugehörigen Verfahren so weit wie möglich gebündelt werden.

Wir werden **Migrant*innen in prekären Lebenslagen** unterstützen. Dazu gehören Projekte wie das psychosoziale Netzwerk für Geflüchtete, Refugio, sowie die „Europa.Brücke.Münster“, ein unterstützendes Netzwerk, das Migrant*innen in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Bildung und Existenzsicherung berät und begleitet.

Sprachkenntnisse sind für eine erfolgreiche Integration unverzichtbar. Daher werden wir ein breites **Angebot an Sprach- und Integrationskursen** sicher-

stellen. Diese Kurse sollen kinder- und familienfreundlich sein, damit auch Väter und Mütter teilnehmen können. Daneben ist es wichtig, dass Informationsangebote in verschiedenen Fremdsprachen erstellt werden. Ergänzend soll auch der Einsatz von Übersetzungsanwendungen erprobt werden, die auf künstlicher Intelligenz basieren.

Auch **gemeinsame sportliche und kulturelle Aktivitäten** leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration. Wir wollen daher Sportvereine, migrantische Selbstorganisationen und andere relevante Initiativen unterstützen, die sich gezielt für die Integration von Migrant*innen engagieren, beispielsweise durch die Bereitstellung und Vermietung von Sportanlagen und Räumlichkeiten.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Integrationsarbeit betrifft die **Berücksichtigung von kulturellen Unterschieden**. Kulturmittler*innen helfen bei sprachlichen und inhaltlichen Verständnisproblemen an verschiedenen Stellen in der Stadt. Wir werden sicherstellen, dass Kulturmittler*innen auch weiterhin in Münster ausgebildet und eingesetzt werden.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass geflüchtete Menschen in Münster Schutz

und Heimat finden. Das Konzept der dezentralen **Unterbringung von Geflüchteten** hat sich bewährt. Wir wollen es fortführen. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass **Geflüchtete mit Bleibeperspektive** auch auf dem regulären Wohnungsmarkt eine passende Wohnung finden.

Sofern Ermessensspielraum bei Abschiebungen von **Menschen ohne Bleibeperspektive** besteht, setzen wir uns dafür ein, dass städtische Mitarbeiter*innen diesen zugunsten der Geflüchteten nutzen. Auch für diese Menschen wollen wir das Integrationsangebot weiterentwickeln. Nächtliche Abschiebungen und die Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab. Die Arbeit der zivilen Seenotrettung begrüßen wir.

Der **Integrationsrat** setzt sich für die politische, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe von Menschen mit Migrationsvorgeschichte ein. Wir werden den Integrationsrat auch weiterhin unterstützen und eine angemessene Finanzausstattung sicherstellen.

Für eine Stadt, die allen Menschen ein Dach über dem Kopf bietet

Wir wollen **mehr Wohnungen und bessere Unterkünfte** für

alle wohnungslosen und obdachlosen Menschen schaffen. Wir werden uns daher für eine neue, moderne Notunterkunft in Bahnhofsnähe einsetzen. Eine weitere Unterkunft wollen wir für wohnungslose Menschen schaffen, die regelmäßig arbeiten gehen, aber keine Wohnung finden. In kommunalen Belegwohnungen und neuen Wohngebieten wollen wir ebenfalls Wohnraum für Wohnungslose bereitstellen, vor allem für wohnungslose Familien. Bei allen Maßnahmen wollen wir auch besondere Bedarfe berücksichtigen, beispielsweise von wohnungslosen Tierbesitzer*innen, Senior*innen, Paaren und queeren Menschen.

Wir wollen das **Angebot an Versorgungsleistungen und Anlaufstellen** für obdachlose und wohnungslose Menschen verbessern. Dazu gehören für uns Tagestreffpunkte, dezentrale Anlaufstellen in den Stadtteilen, die psychologische Versorgung von Obdachlosen und Wohnungslosen sowie spezifische Angebote für obdachlose und wohnungslose Frauen, Paare und Familien. Wichtig ist bei allen Angeboten eine ausreichende Ausstattung mit Sozialarbeiter*innen und ein möglichst niedrigschwelliger Zugang. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Grenzen zwischen obdachlosen

sowie wohnungslosen Menschen und Menschen, die in Wohnungen leben, abgebaut werden und das Verständnis füreinander wächst.

Wir setzen auf **Prävention**. Damit Menschen ihre Wohnung gar nicht erst verlieren, wollen wir die Maßnahmen der Stadt ausbauen, die den Verlust der Wohnung verhindern. Dazu gehören für uns weiterhin die Übernahme von Mietschulden, die engmaschige Begleitung von Personen, denen Wohnungslosigkeit droht, durch Sozialarbeit oder ehrenamtliche Begleitung und Kontaktaufnahme zu den Vermieter*innen.

Für eine Stadt, die Sicherheit und Ordnung gewährleistet

Die **Gewährleistung von Sicherheit** gehört zu den grundlegenden kommunalen Aufgaben. Dabei ist es unser Ziel, mit wirksamen Instrumenten Gefahren vorzubeugen und die Menschen in Münster zu schützen, ihnen zu helfen und gegen Regelverstöße vorzugehen. Wir sind überzeugt: Für eine sichere Stadt müssen unterschiedliche Themen, Herausforderungen und Akteur*innen betrachtet werden. Dafür haben wir in den letzten Jahren bereits viel unternommen – von Investitionen in den kommunalen Ordnungsdienst und in die

Feuerwehr über die Gestaltung von öffentlichen Räumen bis zu sozialen und gesundheitlichen Maßnahmen. Diesen Weg werden wir weiterverfolgen.

Wir werden **Angsträume** abbauen, beispielsweise durch eine bessere Beleuchtung und eine offene sowie übersichtliche Gestaltung von öffentlichen Räumen.

Wir werden die **Sauberkeit im öffentlichen Raum** verbessern, beispielsweise durch das konsequente Entfernen von Schrotträdern und Maßnahmen gegen illegale Müll- und Sperrmüllhalde sowie gegen Vermüllung von Wohngebäuden.

Wir werden **Kooperationen der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden** und die Einbindung von betroffenen Anwohner*innen fördern, beispielsweise bei der Entwicklung und Umsetzung von sicherheits- und ordnungsrelevanten Konzepten.

Wir befürworten eine **Polizeiwaiche im Bahnhofsumfeld** in enger Nachbarschaft mit den Außendienst des Ordnungsamtes. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass stadtplanerische, ordnungsrechtliche, polizeiliche und soziale Maßnahmen weiterentwickelt und umgesetzt werden, um die Sicherheit und Aufenthaltsqualität im Bahn-

hofsumfeld zu verbessern.

Wir werden in das Personal und die Infrastruktur bei **Feuerwehr, Rettungsdienst und kommunalem Ordnungsdienst** investieren.

Die Menschen erwarten zu Recht vorbeugende Planung und wirksames Handeln im **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz**. Feuerwehr und Hilfsorganisationen bilden die Basis hierfür. Der kommende Katastrophenschutzbedarfsplan zeigt auf, welche Maßnahmen darüber hinaus notwendig sind. Wir unterstützen die schrittweise Umsetzung des Katastrophenschutzbedarfsplanes.

Die von uns eingeführten **Nachtbürgermeister*innen** haben wirksam dazu beigetragen, Konflikte zwischen Gastronom*innen, Feiernden und Anwohner*innen vorzubeugen. Deshalb werden wir die Nachtbürgermeister*innen auch weiter unterstützen.

Frauenpolitik

Unser Ziel ist die Gleichstellung von Frauen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Geschlechtergerechtigkeit bei allen politischen Themen und Entscheidungen in Münster berücksichtigt wird und die Interesse von Frauen paritätisch vertreten werden. Wir treten ein für ein gleichberechtigtes und sicheres Leben aller Frauen in Münster.

Wir haben bereits viel erreicht: Insbesondere ist es uns gelungen, den Gewaltschutz für Frauen zu stärken und so die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene zu fördern. Auf unsere Initiative hin wurde überprüft, inwieweit die vorhandenen **Kapazitäten in Frauenhäusern** ausreichend sind. Auch haben wir die **Aufstellung einer „roten Bank“** vor dem Stadthaus 1 erwirkt, um auf die Gewalt gegen Frauen und Femizide in unserer Gesellschaft hinzuweisen. Darüber hinaus haben wir Schulen und Jugendzentren mit kostenlosen **Hygiene-Produkten für Frauen** ausgestattet. Unsere Förderung von Projekten wie „Move and Meet“ bietet Frauen mit Migrationsgeschichte einen Raum für **sportliche Betätigung und Begegnungen**. Durch die **Modernisierung von Sportstätten** fördern wir

den weiblichen Spitzensport. Insgesamt lebt unsere frauenpolitische Arbeit vom **ständigen Austausch mit Initiativen**, die das Leben von Frauen in Münster auf allen Ebenen bereichern.

Unser Ziel für die nächsten Jahre wird es sein, die bereits umgesetzten Maßnahmen weiter auszubauen und neue Impulse im Bereich der Frauenpolitik zu setzen.

Für gesellschaftliche Teilhabe und Gleichstellung von Frauen

Frauen übernehmen in Familien immer noch einen Großteil der zu leistenden Sorgearbeit („Care-Arbeit“). Es ist daher umso wichtiger, dass sie ihr eigenes Bedürfnis nach gesellschaftlicher Teilhabe mit dieser Sorgearbeit vereinbaren können. Wir werden uns deswegen auch in Zukunft dafür einsetzen, dass **Mehrgenerationenhäuser und Mütterzentren** finanziell unterstützt werden. Der Ausbau und die Sicherstellung von bedarfsgerechten Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für eine gute **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist für uns weiterhin ein zentrales Anliegen.

Gute Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sind für uns ein zentrales Thema. Im Kapitel zu „Bildung und Kultur“ findest

du weitere konkrete Vorschläge hierzu.

Wir werden die **Beratungsangebote für Frauen** zu Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Ein besonderes Augenmerk liegt für uns hierbei auf Beratungsangeboten für Frauen mit Migrationshintergrund. Denn diese sind in mehrfacher Hinsicht von versteckter Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen.

Frauen im Rentenalter sind einem größeren Armutsrisiko ausgesetzt. Deshalb setzen wir uns für frühzeitige und allen Lebenssituationen angepasste Beratungsmöglichkeiten ein. Mit zunehmendem Alter steigt zudem das Risiko zu vereinsamen. Deswegen werden wir uns für den Ausbau von Begegnungszentren speziell für Rentnerinnen einsetzen. Auch die aufsuchende Altenarbeit muss verstärkt in den Blick genommen werden. Der Kampf gegen Altersarmut hat für uns Priorität.

Wir werden den **Spitzen- und Breitensport** für Frauen auch in Zukunft besonders unterstützen. Die besonderen Bedürfnisse von Frauen bei sportlichen Aktivitäten müssen umfassend berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere bei der **Modernisierung von**

Sportstätten und im Hinblick auf Fragen der körperlichen Selbstbestimmung. So fordern wir, dass in kommunalen Bädern **Schwimmzeiten nur für Frauen** angeboten werden. Zudem soll das Personal städtischer Bäder speziell im Umgang mit sexualisierten Übergriffen geschult werden.

Für geschlechtergerechte Stadtpolitik und Gleichstellung im öffentlichen Raum

Frauen und Mädchen haben spezifische Ansprüche an die Stadt, in der sie leben. Oftmals werden ihre **Bedürfnisse bei der Stadtplanung** nicht hinreichend berücksichtigt. Wir werden das ändern. Eines unserer zentralen Ziele ist es, die **Sicherheit von Frauen** in der Stadt zu erhöhen. Hierzu streben wir für den öffentlichen Nahverkehr die **Einführung des „Haltes auf Wunsch“** an. Kern dieser Maßnahme ist es, dass ein Bus im Nachtverkehr auf Wunsch eines Fahrgastes auch zwischen zwei Haltestellen stoppt. Dadurch verkürzt sich der Weg, der von der Haltestelle zum Ziel zurückgelegt werden muss. Außerdem setzen wir uns für eine **bessere Beleuchtung** der Promenade und der Verbindungswege zwischen der Innenstadt und den Außenstadtteilen bei Nacht ein. Grundlage für den Ausbau soll

ein Beleuchtungskonzept für die Gesamtstadt sein.

Für uns ist die Gleichstellung der Geschlechter ein zentrales Anliegen. Die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung müssen daher fortlaufend im Umgang mit **Sexismus und Gewalt gegen Frauen** geschult werden. Ziel ist es, dass Mitarbeiter*innen diskriminierenden Verhaltensweisen vorbeugen, sie erkennen, verhindern und im Nachhinein aufarbeiten können.

Wir fordern, dass Gleichstellung auch im Stadtbild erkennbar wird: Die paritätische **Benennung von Straßennamen** nach männlichen und weiblichen Personen ist für uns selbstverständlich. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass neue Straßen vorrangig nach Frauen benannt werden. Zudem werden wir eine **öffentlichkeitswirksame kommunale Kampagne** entwickeln und umsetzen, welche sich kritisch mit geschlechterspezifischen Stereotypen und traditionellen Rollenbildern auseinandersetzt und vor allem Männer dazu ermutigt, diese kritisch zu hinterfragen.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass **Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung** paritätisch besetzt werden.

Für die Rechte und gesundheitliche Versorgung von Frauen

Wir wollen Frauen besser vor häuslicher Gewalt schützen. Wir werden dafür sorgen, dass die laufende Prüfung der Kapazitäten der **Münsteraner Frauenhäuser** zeitnah abgeschlossen wird und umgehend Maßnahmen zum Ausbau von mindestens einer weiteren Schutzunterkunft umgesetzt werden. Zudem werden wir eine **öffentlichkeitswirksame Kampagne** entwickeln und umsetzen, die auf häusliche Gewalt aufmerksam macht und Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfsangeboten bietet.

Wir wollen die medizinische Versorgung bei **Schwangerschaftsabbrüchen** wohnortsnah sicherstellen. Denn betroffene Frauen sind häufig in großer Zeitnot. Einerseits dürfen Schwangerschaftsabbrüche nur bis zur zwölften Schwangerschaftswoche vorgenommen werden. Andererseits müssen zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung und dem Schwangerschaftsabbruch mindestens drei Tage vergehen. Ein möglichst niedrigschwelliger und schneller Zugang ist somit dringend notwendig. Folglich werden wir die **Schwangerschaftskonfliktberatung** in

Münster bedarfsgerecht ausbauen und Beratungsstellen fördern, die den gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsschein ausstellen.

Frauen werden im Umfeld einer Beratungsstelle häufig angefeindet. Wir werden dafür sorgen, dass **Ordnungskräfte an Beratungsstellen** verstärkt eingesetzt werden und Frauen vor solchen Anfeindungen schützen. Hierzu gehören für uns auch Schulungsmaßnahmen für Ordnungskräfte im Umgang mit dem neuen Gesetz zur Verhinderung von Gehsteigbelästigung.

Wir wollen eine erste **Anlaufstelle zur Koordination von Schwangerschaftsabbrüchen** einrichten. An diese können sich betroffene Frauen wenden, um Informationen zu erhalten und möglichst schnell und unkompliziert an Ärzt*innen vermittelt zu werden. Weiterhin wollen wir aktiv niedergelassene Mediziner*innen sowie private, öffentliche und kirchliche Kliniken dabei unterstützen, die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen aufzunehmen. Wir sehen hier besonders die Krankenhäuser mit gynäkologischer Fachstation in der Verantwortung. Auch soll eine **stadtweite und öffentlichkeitswirksame Kampagne** zum Thema der Schwangerschaftsabbrüche entwickelt

und durchgeführt werden, welche über die Voraussetzungen, die Beratungsstellen, Ärzt*innen und weitere relevante Angebote informiert.

Ein unkomplizierter **Zugang zu Hygieneprodukten für Frauen und Mädchen** ist für uns ein wichtiges gesundheitspolitisches Anliegen. Wir werden die Münsteraner Schulen und Jugendzentren daher flächendeckend mit kostenlosen Hygieneprodukten für Frauen ausstatten.

Wir setzen uns für die Prüfung einer **Menstruationsfreistellung** für Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung und ihrer Tochtergesellschaften ein. Ziel ist es, einen Beitrag zur Enttabuisierung von Menstruation zu leisten, das gesundheitliche Wohlbefinden der Betroffenen zu stärken und die Stadtverwaltung als Vorbild für eine gerechte und diskriminierungsfreie Personalpolitik zu positionieren. In Anlehnung an Modelle aus Spanien oder der Schweiz wollen wir untersuchen, ob auch in Münster eine unbürokratische und flexible Freistellungsregelung für menstruierende Mitarbeiterinnen mit starken Beschwerden möglich ist.

Naturfreunde

Wir setzen uns für eine naturnahe, umwelt- und tierfreundliche Stadt ein. Eine hohe Lebensqualität ist für uns untrennbar mit dem Schutz von Umwelt und Tieren sowie der Förderung von Grünflächen verbunden. Kommunen spielen eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die Klimakrise, da hier Maßnahmen umgesetzt werden, die das tägliche Leben direkt beeinflussen. Auch der Schutz von Haus- und Wildtieren ist für uns ein wichtiges Anliegen – von der Förderung von Tierheimen bis zur tiergerechten Stadtplanung. Wir möchten eine Stadt gestalten, die Menschen, Umwelt und Tiere zusammendenkt.

In den vergangenen Jahren haben wir bereits wichtige Fortschritte erreicht: Wir haben die **Resilienzstrategie** unterstützt und die Umsetzung des **Handlungskonzepts für den Aasee** vorangetrieben. Durch die Sanierung von Wegen und Einrichtungen haben wir die **Aufenthaltsqualität am Aasee** deutlich verbessert. Die für Menschen und Tiere wichtigen Freiräume entlang der **Grünzüge und Grünringe** konnten wir mit dem Erhalt der Grünordnung sichern. Im Rahmen des Prozesses rund

um das integrierte Flächenmanagement haben wir uns dafür eingesetzt, dass **hochwertige Freiräume und Grünflächen** weiterentwickelt und attraktiver gestaltet werden. Den Prozess hin zu einer zukunftsfähigen **Trinkwasserversorgung** haben wir mitgestaltet. Mit der Baumschutzsatzung haben wir ein wirksames Instrument zum langfristigen **Erhalt und Schutz von Bäumen** in unserer Stadt geschaffen. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen haben wir uns für die finanzielle Sicherung wichtiger Initiativen und Vereine eingesetzt, unter anderem für den **Naturschutzbund (NABU)**, das **Haus der Nachhaltigkeit** und die **Wildtierhilfe**. Ebenso haben wir Maßnahmen zum Schutz **freilebender Katzen** vorangetrieben und uns konsequent für die **ökologische Verpachtung** der städtischen landwirtschaftlichen Flächen eingesetzt. Schließlich haben wir auch kleine Initiativen groß gemacht: Auf unseren Antrag hin wurde eine **Saatgutbibliothek** ins Leben gerufen und im Haus der Nachhaltigkeit etabliert.

In den kommenden Jahren werden die folgenden Themenschwerpunkte und Maßnahmen im Zentrum unserer Umwelt-, Klima- und Tierpolitik stehen.

Für eine kompakte und flächensparende Siedlungsentwicklung

Münster benötigt mehr Wohnraum. Gleichzeitig braucht die Stadt mehr Grünflächen, um die Menschen gegen die Folgen der Klimakrise zu schützen, beispielsweise gegen Hochwasser bei Starkregen. Wir bekennen uns daher zu einer **flächensparenden Siedlungsentwicklung**, die sich am Idealbild der kompakten Stadt, der Stadt der kurzen Wege sowie der Schwammstadt orientiert.

Für die Innenstadt sprechen wir uns für einen Schwerpunkt auf Nachverdichtung durch „Bauen in der Höhe“ aus. Hier wollen wir auch bereits versiegelte Flächen für **neue Wohnvorhaben** in den Blick nehmen. Für die Wohnraumentwicklung in den Außenstadtteilen wollen wir hingegen auch neue Flächen bereitstellen.

Für Grünflächen und gute Gewässer

Münster wird in Zukunft weiter wachsen. Innenstadt und Außenstadtteile werden enger aneinanderrücken. Die Konkurrenz um die Nutzung von Flächen zwischen den Stadtteilen sowie zwischen der Innenstadt und den Außenstadtteilen wird in der Folge zunehmen. Wir wer-

den uns dafür einsetzen, die entsprechenden Grün- und Freiräume naturnah weiterzuentwickeln, so dass sie verschiedenen Ansprüchen genügen – sozialen Ansprüchen zum Aufenthalt und zur Naherholung ebenso wie ökologischen Ansprüchen des Mikroklimas und der Artenvielfalt.

Um dem Bedarf nach mehr Grünflächen Rechnung zu tragen, wollen wir in der Innenstadt und in den Außenstadtteilen **Flächen entsiegeln**. Dies verbessert die Aufenthaltsqualität, die Biodiversität, das Mikroklima und vermeidet somit Hitzeinseln. Konkrete Maßnahmen sollen für den Servatiiplatz, den Ludgeriplatz und den Schlossplatz erarbeitet und umgesetzt werden. Auch Schulhöfe, Parkplätze und Flächen vor städtischen Gebäuden sollen für solche Maßnahmen berücksichtigt werden, beispielsweise vor dem Stadthaus 2.

Wir stehen an der Seite der Kleingärtner*innen. Wir werden Menschen unterstützen, die Grünflächen pflegen und nutzen, beispielsweise in Kleingärten oder beim Gärtnern in der Stadt („Urban Gardening“). Wir werden uns für den Erhalt und Ausbau von **Kleingartenanlagen und Gemeinschaftsgärten** in

Münster einsetzen. Weitere Maßnahmen sollen über die Bezirksvertretungen vorbereitet und angestoßen werden.

Die **Promenade** ist ein Alleinstellungsmerkmal für Münster. Wir setzen uns dafür ein, dass sie ein wichtiger Baustein der Radverkehrsinfrastruktur bleibt. Darüber hinaus sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität umgesetzt werden. Das verträgliche Nebeneinander von verkehrlicher Nutzung, Freizeitaktivitäten und Naherholung ist für uns zentral.

Der **Aasee** ist prägend für das Stadtbild. Er übernimmt wichtige Funktionen als Grün-, Freizeit- und Naherholungsraum. Wir werden weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Aasees und der angrenzenden Flächen umsetzen. Dazu gehören vor allem auch Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität und zur Renaturierung.

Mit der Aa verfügt Münster über ein weiteres prägendes Wasserelement im Stadtbild. Wir wollen die **Aa, den Aa-Seitenweg (Schwester-Laudeberta-Weg) und die angrenzenden Grünflächen** sanieren und zu einem grün-blauen Band mit einer besseren ökologischen Qualität und mehr Aufenthaltsmöglichkeiten

weiterentwickeln. Die Westerholtsche Wiese ist ein gutes Beispiel, wie dies gelingen kann. Grundlage der Weiterentwicklung und Sanierung von Aasee und Aa soll ein **integriertes Entwicklungskonzept** sein.

Ob Ems, Werse, Angel oder die vielen Bäche im ganzen Stadtgebiet – Münster verfügt neben der Aa und dem Aasee über zahlreiche **weitere Gewässer**. Wir setzen uns dafür ein, die ökologische Vielfalt und die Bedeutung dieser Gewässer für den Hochwasserschutz zu verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Gewässer sowie die angrenzenden Flächen als wichtige Naherholungsgebiete weiterentwickeln. Dabei unterstützen wir auch die Nutzung der Gewässer für den **Angelsport** und andere Sportarten. An der **Werse** setzen wir uns für eine Sanierung bzw. Erneuerung der Wehre, den Ausbau der Fischtreppe („Organismenaufstiege“) sowie für Anlegestellen für den Kanu- und Paddelsport ein.

Grünflächen, Parks und kleinere Waldgebiete sind wichtig für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Der größtmögliche Erhalt der **Grünringe und Grünschneisen** ist uns daher besonders wichtig. Das integrierte Flächenkonzept der Stadt benennt darüber hinaus sieben Schwerpunktber-

che zur Landschaftsaufwertung (Kinderbachtal, DEK-Hoppengarten-Maikotten, Lütkenbeck, Werse-Edelbach, Lodden, Vennheide, Westliches Aatal). Wir wollen erreichen, dass für diese sieben Bereiche **integrierte Entwicklungskonzepte** erarbeitet und die jeweiligen Maßnahmen schrittweise umgesetzt werden.

Für sozialverträglichen Klimaschutz und Naturschutz

Der **sozialverträgliche Klimaschutz** bleibt für uns ein zentrales Anliegen. Deshalb unterstützen wir das Ziel der Stadt, bis 2030 klimaneutral zu werden. Wir reduzieren die Emissionen im Verkehrssektor, indem wir den Bus-, Rad- und Fußverkehr attraktiver machen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen und die Inbetriebnahme neuer Solar- und Windkraftanlagen gefördert wird. Wir werden Projekte zur Energieeinsparung und zur energetischen Gebäudesanierung unterstützen. Hierbei stehen insbesondere die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen wie die Stadtwerke und die Wohn + Stadtbau in der Verantwortung.

Vorhandene **Klimakonzepte** für Hochwasser, Dürren oder Hitzewellen werden wir fort-

schreiben. Dabei werden wir die Wirksamkeit der Konzepte anhand aktueller Klimaereignisse überprüfen und den Schutz von besonders gefährdeten Menschengruppen in den Mittelpunkt stellen, beispielsweise von Senior*innen oder Schwangeren.

Teil des Artenschutzes soll ein **neues Lichtkonzept** sein. Wo möglich, wollen wir Dauerbeleuchtung gegen adaptive Beleuchtungsbedarf austauschen und nach und nach nur noch insekten- und tierfreundliche Lampen installieren. Bei Maßnahmen an schwer einsehbaren oder wenig frequentierten Orten sowie in anderen Angsträumen werden wir auch mögliche Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Menschen berücksichtigen.

Werden städtische **Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung** verpachtet, erfolgt dies weiterhin nur, wenn die Bewirtschaftung ökologisch und ohne den Einsatz von Gentechnik erfolgt.

Für energieeffiziente Gebäude, funktionierende Infrastrukturen und Kreislaufwirtschaft

Wir setzen uns für eine vielfältige **kommunale Wärmeplanung** ein und unterstützen den Ausbau des Fernwärmenetzes, da-

mit weitere Haushalte, Betriebe und Großverbraucher schrittweise an das Netz angeschlossen werden können. Wir setzen uns außerdem dafür ein, die Erzeugung der Fernwärme schrittweise auf erneuerbare Energiequellen umzustellen. Um für die Bürger der Stadt Planungssicherheit zu gewährleisten, werden wir darauf achten, dass alle Maßnahmen in ein langfristiges Konzept eingebettet sind, das mit der Stadtgesellschaft abgestimmt ist.

Bei der Umstellung auf erneuerbare Energien sollen **kostenlose Energieberatungen** weiterhelfen. Hierbei soll der Ausbau von Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen ebenso in den Blick genommen werden wie Maßnahmen zur Energieeinsparung, beispielsweise durch den Austausch von Fenstern oder neue Dämmungen.

Eine nachhaltige Stadt beginnt mit zukunftsfähigen Gebäuden. Deshalb fordern wir ein umfassendes **Sanierungsprogramm für städtische Gebäude**, mit besonderem Fokus auf Schulen. Viele Schulgebäude in Münster sind energetisch veraltet. Sie verursachen hohe Betriebskosten und beeinträchtigen das Lernklima. Eine energetische Sanierung verbessert die Luftqualität, sorgt für angenehme

Temperaturen im Klassenzimmer und reduziert den Energieverbrauch erheblich. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt Münster in der kommenden Ratsperiode ein verbindliches Sanierungskonzept mit klaren Zeitplänen und gesicherter Finanzierung entwickelt.

Wir werden die **öffentliche Wasserver- und -entsorgung** in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass erforderliche Sanierungen durchgeführt werden. Die Baustellen werden in Abstimmung mit anderen Versorgungsunternehmen und dem Straßenbau geplant, damit die Straßen und Gehwege nicht mehrfach aufgerissen und Einschränkungen für die Bürger*innen minimiert werden.

Wir werden einen **Wasserbeirat** einführen. Dieser wird die kommunalen Behörden bei allen Themen mit einem Bezug zur wichtigen Ressource Wasser beraten, beispielsweise Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, Hochwasserschutz, Wasser- und Naturschutz, Erholung und Freizeit, Bewässerung und Landwirtschaft.

Den hohen Standard der **Abwasserbeseitigung** in Münster wollen wir erhalten und absichern. Wir werden Maßnahmen zur

Verbesserung der Wasserqualität vorantreiben, beispielsweise den Ausbau der Kläranlagen. Die anfallenden Abwassergebühren sollen dabei so gering wie möglich und sozialverträglich gestaltet werden.

Die **Abfallbeseitigung und -entsorgung** in Münster erfolgt nach hohen Standards. Diese werden wir weiter zukunftsgerichtet ausbauen. Dazu gehört für uns unter anderem eine strategische Weiterentwicklung der Recyclinghöfe und des Entsorgungszentrums in Münster.

Wir werden die **Bildungsarbeit** der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (awm) als wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Förderung der Kreislaufwirtschaft in Münster weiterhin unterstützen.

Für den Schutz von Haus- und Wildtieren

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Münster mehr **Auslaufflächen für Hunde** geschaffen werden. Diese Flächen sollen sicher und gepflegt sein. Dazu gehören Sitzgelegenheiten für Hundehalter*innen, kostenlose Hundekotbeutel, regelmäßige Mäharbeiten, Mülleimer und Wasserzapfanlagen für Mensch und Tier. Denkbar ist die Einrichtung

einer neuen Hundeauslauffläche zum Beispiel am nördlichen Ufer des Aasees, östlich vom Kardinal-von-Galen-Ring. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass **Hundesportvereine** geeignete Flächen für ihre Tätigkeiten erhalten.

Wir werden einen kommunalen **Tierschutz-Notfallfonds** einrichten. Mit diesem Fonds unterstützen wir Bürger*innen, die die Kosten für die medizinische Versorgung ihrer Tiere nicht aufbringen können.

Die **illegale Einfuhr von Haustieren** aus dem Ausland nach Deutschland stellt ein Problem dar. Im Internet werden Tiere aus vermeintlichen Tierschutzgründen angeboten. In vielen Fällen stehen jedoch unseriöse Anbieter hinter diesen Angeboten. Wir wollen erreichen, dass die Vermittlung von Tieren ausschließlich über gemeldete und bekannte Pflegestellen oder Tierheime erfolgt. Hierbei setzen wir auf Aufklärung und Information für mögliche Interessent*innen.

Wir wollen Bürger*innen über die **artgerechte Tierhaltung** und den verantwortungsvollen Umgang mit Haus- und Wildtieren aufklären. Für eine Aufklärungskampagne wollen wir mit geeigneten Trägern aus dem Tierschutz zusammenarbeiten.

Wir wollen Tierheime und Vereine unterstützen, die **Fundtiere** aufnehmen. Denn sie übernehmen eine wichtige kommunale Aufgabe. Für eine gezielte Unterstützung werden wir die Einnahmen aus der Hundesteuer einsetzen.

Wir verfolgen das Ziel, den Taubenbestand in der Stadt zu reduzieren. Das Fütterungsverbot für Tauben reicht für Bereiche wie den Domplatz oder den Hauptbahnhof nicht aus. Daher werden wir ein wissenschaftlich fundiertes **Stadttaubenkonzept** erstellen lassen. Für Orte, an denen Probleme mit Stadttauben bestehen, wollen wir die Errichtung von Taubenhäusern prüfen lassen.

Eine **naturnahe Gestaltung des Ökosystems** ist für wild lebende Insekten, Vögel und Säugetiere in der Stadt besonders wichtig. Wirkungsvolle Maßnahmen dafür sind Haus- und Dachbegrünung, Wildwiesen, vernetzte Grünzüge, Renaturierung von Gewässern und tiergerechte Beleuchtungssysteme. Wir werden uns daher für eine tier- und insektenfreundliche Gestaltung von öffentlichen Grundstücken einsetzen. Zum Schutz von Igeln und anderen Kleintieren wollen wir konkrete Vorgaben einführen, beispielsweise für den Einsatz von Mährobotern.

Ein klassisches **Feuerwerk** bedeutet für viele Haus- und Wildtiere Stress und Angst. Wir wollen daher prüfen, ob in Münster ein zentrales, familienfreundliches Feuerwerk mit einer lärm-, müll- und schadstoffarmen Licht- und Lasershow angeboten werden kann. Wir wollen zudem außerhalb der Innenstadt einen **Rückzugsort** anbieten, an dem Tierbesitzer*innen den Jahreswechsel mit ihren Tieren verbringen können. Neben Hotels und Gasthöfen in den Außenstadtteilen kommen hierfür auch Orte infrage, an denen ein generelles Feuerwerksverbot gilt, beispielsweise am Flughafen Münster-Osnabrück.

Den **Allwetterzoo Münster** wollen wir bei der tierfreundlichen und naturnahen Gestaltung der Tiergehege und sonstigen Anlagen unterstützen, damit er seiner Bedeutung als zentraler Ort für Artenschutz, Bildung und Forschung, Erholung und Freizeit sowie für Nachhaltigkeit und Bewusstseinsbildung vollumfänglich gerecht wird.

Unter allen Mitgliedstaaten der EU hat nur Deutschland die Wildtierhaltung in Zirkussen weder verboten noch eingeschränkt. Wir werden Tierschutzaspekte daher in **Pachtverträge mit Zirkusunternehmen und Schaustellern** aufnehmen. Diese sollen den Verzicht auf Wildtiere

und die tiergerechte Haltung von Haustieren regeln.

Wir wollen Themen und Fragen zum Tierschutz und zur Tierhaltung mehr Sichtbarkeit verleihen. Daher wollen wir gemeinsam mit der Stadtverwaltung, relevanten Vereinen, Initiativen und anderen interessierten Akteur*innen der Stadtgesellschaft einen kommunalen **Tierschutzpreis** als Anerkennung für ehrenamtliches Engagement einführen.

Wir werden uns für regelmäßige und unangemeldete **Kontrollen in tierhaltenden Betrieben** einsetzen. Soweit möglich, soll kommunaler Grund zukünftig nicht mehr für Unternehmen mit Intensivhaltung oder Tierversuchslaboren bereitgestellt werden.

Wir wollen eine deutlich bessere **Ausstattung des Veterinäramts** erreichen, damit es die übertragenen Aufgaben erfüllen kann. Deshalb werden wir prüfen, ob die organisatorische Anbindung des Amtes an das Gesundheitsamt weiterhin sinnvoll ist.

Stichwortverzeichnis

A

Albachten 8, 41
Altenpflege 51
Altersarmut 62
Angelmodde 30, 44
Arbeit 3, 14, 17, 19, 36, 37, 46,
53, 58, 61
Artenschutz 71
Ausbildung 24, 28, 31, 42
Ausbildungscampus 24
Azubi-Wohnheim 6

B

Barrierefreiheit 30, 41, 43, 55,
56, 57
Bauland 8
Beleuchtungskonzept 63
Berufsschulzentrum an der Nie-
berdingstraße 31
Bildung 3, 6, 14, 17, 26, 27, 32,
33, 34, 46, 57, 61, 71
Breiten- und Spitzensport 4, 37
Bremer Platz 49
Busspuren 39, 44

C

Car-Sharing 39, 43
Coerde 12, 30, 49, 52

D

Demokratie 4, 32
Digitalisierung 16, 18, 19, 22, 31,
34, 36, 37
Diskriminierung 4, 32, 33, 62
Domplatz 16, 39, 71

E

Elternbeiträge 21
Erbpacht 11

F

Fachkräfte 3, 6, 16, 17, 18
Fahrradstraßen 39, 45
Familien 3, 6, 8, 9, 12, 26, 27,
28, 38, 52, 53, 59, 61
Familienfreundlich 58
Ferienangebote 27
Finanzplanung 3, 14, 20
Flughafen Münster/Osnabrück
4, 47
Frauen 5, 7, 14, 18, 20, 23, 52,
55, 59, 61, 62, 63, 64
Frauenhäuser 63
Fußverkehr 4, 39, 46, 68

G

Ganztagsbetreuung 30
Gesamtschulen 6, 29
Geschlechtergerechtigkeit 54,
61
Gesundheit 29, 46, 53, 54, 57
Gesundheitsversorgung 4, 52,
53, 54
Gievenbeck 8, 38, 40
Gleichstellung 5, 23, 54, 55, 61,
62, 63
Gremmendorf 8, 44, 52
Grünflächen 5, 65, 66, 67

H

Hafen 8, 26

Hammer Straße 44
Handwerkskammer 18
Hauptbahnhof 40, 41, 71
Haushalt 21
Hiltrup 8, 37, 44
Hiltrup-Ost 37, 44
Hitzeaktionsplan 54

I

INDRO 49, 53
Industrie 14, 18, 19
Inklusion 3, 20, 23, 30, 36, 57
Integration 18, 30, 35, 49, 55,
57, 58
Investitionen 14, 21, 59

J

Jugendarbeit 28
Jugendberufsagentur 17
Jugendkulturticket 26, 32
Jugendrat 29

K

Kanalpromenade 39
Kinder 4, 6, 21, 26, 27, 28, 29,
30, 35, 38, 47, 52, 56, 58
Kinderarmut 27
Kinderbetreuung 9
Kinderhaus 12, 37, 49, 52
Kita 6, 21, 26, 27, 28, 35
Kleingärten 7, 66
Klima 5, 65, 68
KonvOY 11
Kultur 3, 26, 29, 30, 32, 33, 34,
35, 36, 61
Kulturticket 35
Kunstrasenplätze 26

L

Ladesäulen 43
Leezenflow 46
LOOP 40
Ludgeriplatz 41, 66
LWL 23, 53

M

Manfred-von-Richthofen-Stra-
ße 45
Maximilianstraße 45
Mehrgenerationenhäuser 50,
61
Mieten 8, 10, 11
Mobilität 39, 45, 46
Musikcampus 26
Musikförderkonzept 36
Musikschulen 36

N

Nachbarschaftshilfen 52
Nachhaltigkeit 65, 71
Nachtbürgermeister*innen 56,
60
Natur 8, 45
Naturfreunde 5, 65
Nieberdingstraße 6, 31

O

Öffentliche Toiletten 56
OGS 27, 30
ÖPNV 7, 8, 43, 44

P

Parkhäuser 43
Paul-Gerhardt-Haus 28
Pflege 9, 51
Preußenstadion 26
Promenade 45, 62, 67

Q

Quartier 50, 52
Quartierszentren 50

R

Radverkehr 39
Radwege 45
Rassismus 4, 32, 33
Rieselfelder 45
Roxeler Straße 8

S

Schillerstraße 45
Schule 30, 31, 35, 36, 37, 39,
41, 47, 49
Schulsozialarbeit 31
Schwangerschaftskonfliktbera-
tung 52, 63
SC Preußen Münster 38
Sentrup 8
Sicherheit 5, 34, 45, 47, 49, 59,
60, 62
Sozial 7, 21, 37, 49, 50
Soziale Stadt 4, 49
Sozialpolitik 50
Spielplätze 28, 56
Sport 26, 30, 38, 55
Sportboxen 26, 38, 56
Sportstätten 4, 37, 38, 61, 62
Sportvereine 4, 37, 58
Sprakel 41
Stadtbücherei 24, 34, 35, 36
Stadtjugendring 29
Studierende 9, 33

T

Tarifbindung 19, 20
Tourismus 16

U

Umwelt 65

V

Verkehr 4, 39, 40, 41, 47, 55
Vielfalt 16, 26, 36, 51, 55, 67
Volkshochschule 34, 35, 56

W

Wirtschaft 3, 14, 19
Wochenmarkt 16
Wohnen 3, 6, 8, 9, 11, 12, 21, 33,
49, 57
Wohnungslose 59

SPD

Mit ♥ für
Münster

V.i.S.d.P.: SPD-Unterbezirk Münster, Katha-
rina Biegi, Bahnhofstr. 9, 48143 Münster

© 2020 SPD-Unterbezirk Münster